

Antikriegs-Zeitung

Wählt überall Delegierte zum Antikriegskongress in Amsterdam

für Schlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Kreuzberg Straße 50. Fernsprecher 400 89. Postfach 50 (Breslau Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Kreuzberg Straße 50 (Breslau Nr. 544). Fernsprecher 430 02. Erscheinungstag: Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. — Geschäftsabend: Breslau. — Posttag: Schlesiens Verlagsgesellschaft m. B. O., Breslau 10, Kreuzberg Straße 50. Fernsprecher 400 89.

Nazibanden stürmen Volkshaus

Schaufensterscheibenturm in Beuthen OS. / Trotz „Burgfriedens“ demonstrieren SA. und SS. in den Straßen Beuthens und Breslaus / Arbeiter, Werkfätige in Stadt und Land! Hinein in den roten Massenselbstschutz! Macht die Betriebe und Stempelstellen gegen die Terroraktionen mobil!

Beuthen OS., 24. August. Es wird gemeldet: Im Laufe des Mittwoch abends kam es in Beuthen wieder zu ernstlichen Unruhen. Veranlaßt durch ein Extrablatt der Nazizeitung, daß der Plan bestehe, die Verurteilten in das Zuchthaus nach Groß-Strehlitz zu überführen, versammelte sich die SA. in den Straßen um das Gefängnis, um den Abtransport zu verhindern. Bei der Säuberung der Straßen durch die Polizei kam es zu einem Zusammenstoß. Ein Trupp SA. griff eine Polizeistreife in der Bahnhofstraße an. Ein Schupo wurde erheblich verletzt und mußte in das Krankenhaus gebracht werden. Im Verlauf dieser Unruhen wurden in verschiedenen Straßen wieder eine Anzahl Schaufensterscheiben eingeschlagen.

Nazibanden demolieren Schaufensterscheiben

Es hatte den Anschein, als ob die Nazis durch die Nachricht der Polizei übermäßig geworden sind. Die Polizei sah sich schließlich genötigt, fünf Lastwagen Verstärkung aus Hindenburg heranzuziehen. Gegen 9 Uhr zog eine große SA.-Abteilung auf den Marktplatz und als man diesen erreichte, wurden sämtliche Scheiben des Volkshauses demoliert. Ein anderer Trupp schlug gegenüber dem SA.-heim in der Bahnhofstraße zwei große Schaufensterscheiben des Möbelhauses Steinhauser ein. Vorher schon waren zwei große Schaufensterscheiben der Altmeyerbestattung in der Nähe des SA.-heimes eingeschlagen worden. Die vor dem Landgerichtsgebäude zusammengeballte Menge marschierte in geschlossenen Reihen auf und ab und sang dabei aufreizende Lieder.

Das Landgerichtsgebäude wurde sodann durch eine dichte Kolonne umstellt und jegliche Ansammlungen in den anliegenden Straßen verboten. Besonders fürmische Szenen spielten sich vor dem SA.-heim in der Bahnhofstraße ab. Hier brach die Menge immer wieder in lautes Gejohle und Geschrei aus, so daß die Polizei sich wiederholt genötigt sah, die Bahnhofstraße zu räumen. Besondere Aufregung rief ein offener Personenkraftwagen mit der Nummer IK 547 173 hervor, in dem sich etwa 8 SA.-Leute befanden, die im schärften Tempo durch die Straßen fuhren und dabei wilde Rufe: „Hell Döller“ ufm. ausstießen. Der Polizei gelang es zunächst nicht, das Auto habhaft zu werden. Die Aufforderungen mehrerer Schupo-Polizeileuten wurden von dem Autoführer nicht beachtet, der in schnellem Tempo die Bahnhofstraße entlang zu fahren sich bemühte.

Mördertreffen im Gefängnis

Beuthen, 25. August. Der Fememörder Heines hat gestern mit dem Stabschef der SA., Röhm, die verhafteten SA.-Mörder im Gerichtsgefängnis besucht. Die Nazis hatten aus diesem Anlaß vor dem Gerichtsgebäude, sowie in den anliegenden Straßen demonstriert und die Freilassung der Mörder von Potempa gefordert.

Die Röhm und Heines, die die wahren Schuldigen der vielen faschistischen Morde sind, haben mit den fünf zu Tode Verurteilten im Gefängnis eine Konferenz abgehalten, während jeder Besuch bei den Opfer Antifaschisten verboten ist. Selbst der Verteidiger darf mit den unschuldig Verurteilten nicht sprechen.

Die SA.- und SS.-Banditen demonstrieren seit Montag nicht nur in Beuthen, sondern auch in Breslau und anderwärts in den Straßen für die Freilassung der Nazimörder, schlagen Schaufensterscheiben ein, terrorisieren die antifaschistische Bevölkerung trotz des „Burgfriedens“. Die Polizei geht mit einer geradezu ständischen Milde gegen die faschistischen Banden, die singend und lachend durch die Straßen ziehen, vor. Wenn Arbeiter gegen die Hungermaßnahmen der besitzenden Klasse und gegen den faschistischen Blutterror demonstrieren, dann wird rücksichtslos — auch gegen Frauen und Kinder — vorgegangen.

Die Terroraktionen der Nazis müssen die gesamte Arbeiterkraft veranlassen, sich zur Wehr zu setzen. Der rote Massenselbstschutz, der Kampf in der Front der Antifaschistischen Aktion, ist der beste Schutz für das Leben der Arbeiterklasse, der beste Schutz für ihre Einrichtungen

Sozialdemokratische und Reichsbanner-Arbeiter! Wie lange wollt ihr euch noch von euren Führern vom Kampf gegen die braune Mordpest abhalten lassen?

Macht die Betriebe und Stempelstellen gegen den von Tag zu Tag wachsenden Terror mobil!

Streikrieg gegen Lohnraub

Abteilung Härterei verhindert durch Streik Lohnabbau und Arbeitszeitverschlechterungen
Tragt die Antifaschistische Aktion in die Betriebe im Kampf gegen Lohnraub und Arbeitszeitverschlechterungen

Hindenburg, 24. August. Die Verwaltung der Drahtwerke Reichel beabsichtigte einen Angriff auf Löhne und Arbeitszeit in der Abteilung Härterei. Man wollte den Lohn um 30 bis 40 Pfennige pro Schicht abbauen und die Arbeitszeit verlängern.

Die Belegschaft lehnte den Lohnabbau und die Arbeitszeitverlängerung ab und die Abteilung trat am Montag früh geschlossen in den Streik.

Der Streik wurde noch am gleichen Tage erfolgreich beendet, da die Verwaltung vom Lohnabbau und der Arbeitszeitverlängerung Abstand nahm.

Dieser Streik zeigt der gesamten Arbeiterkraft, daß durch die geschlossene Aufnahme des Kampfes jede Lohn- sowie Arbeitszeitverschlechterung, auch in Zeiten der schwersten Krise, verhindert werden kann.

Über hierbei müssen wir offen kritisch bemerken, daß die bei Reichel beidseitigen Parteigenossen und KPD.-Mitglieder es nicht für notwendig gehalten haben, dem KPD.-Sekretariat rechtzeitig von diesen Lohn- und Arbeitszeitdifferenzen Mitteilung zu machen und daß es nur der Kampfbereitschaft der Belegschaft zu verdanken ist, daß

der geplante Lohnraub und die Arbeitszeitverschlechterung abgewehrt wurde.

Die Arbeiterkraft ist kampfbereit und nicht gewillt, den Lohnraub und die Verschlechterung der Arbeitszeit hinzunehmen, wie es dieser Streik bei Reichel beweist.

Dies ist es Aufgabe der Partei- und KPD.-Mitglieder in den Betrieben, auf dem Posten zu sein, in den vorerster Reihen zu stehen und nicht, wie das anscheinend bei Reichel der Fall zu sein scheint, am Schwanz zu marschieren.

Erfolgreich müssen wir in den Hütten, Schächten und Metallbetrieben die Antifaschistische Aktion vordrängen. Massenentlassungen und Lohnabbau werden durchgekehrt.

Betriebszellen, rote Verbände und KPD.-Gruppen, rote Betriebsräte! Heraus zur Antifaschistischen Aktion in den Betrieben! Mobilisiert die Belegschaften mit mehr Initiative, Mut und Entschlossenheit zum Kampf gegen Lohnraub und Arbeitszeitverschlechterungen, gegen die faschistischen Raub- und Diktaturpläne der herrschenden Klasse. Die Betriebe faschistenein!

Genosse Dr. Berndt vor dem Sondergericht

Glogau, 24. August. Das Sondergericht Glogau verurteilte den Genossen Dr. E. Berndt aus Holzitz, Kreis Grünberg, zu drei Monaten Gefängnis und 15 Mark Geldstrafe. Genosse Dr. Berndt soll Polizeibeamte „gendigt“ haben. Wir kommen auf diesen Prozeß noch zurück.

Genosse Kelterer im Hungerstreik

Waldenburg, 24. August. Der Genosse Ernst Kelterer ist heute im hiesigen Gefängnis als Protest gegen seine willkürliche Verhaftung in den Hungerstreik getreten. Das Polizeipräsidium will den Genossen K. aus Deutschland ausweisen. Wir erheben gegen die geplante Ausweisung schärfsten Protest und fordern seine sofortige Freilassung.

Brüning bereitet Regierungskoalition mit Hitler vor

Und ihr, christliche Arbeiter und Frauen, kämpft mit uns für eine Arbeiter- und Bauernregierung!

Breslau, 25. August. Wie aus Stuttgart gemeldet wird, sind dort eine Anzahl Zentrumsführer zu einer Konferenz zusammenkommen, um die Regierungskoalition mit den Nazis vorzubereiten. Die Naziführer Straßer und Brüning sind nach Süddeutschland abgefahren. Brüning hat in Konstanz mit dem Vertreter der Nazi-Partei verhandelt. Brüning will die Regierungsbildung im Sinne einer Koalition Zentrum-Nazis gleichzeitig für Preußen, wie auch für das Reich lösen.

Diese Meldung, die von der Presse der Zentrumspartei heute morgen bestätigt wird, dürfte ein besonderes Interesse bei den christlichen Arbeitern und Arbeiterfrauen finden. Die Brüning, Mühsa und Co., die vor allem während des Wahlkampfes den christlichen Arbeitern und Frauen erklärten, daß die Nationalsozialisten ihre Feinde sind, die durch Geldmittel von den Kapitalisten ausgehalten werden und hierfür die reaktionären Pläne der Unternehmer unterstützen, wollen durchaus mit den Nationalsozialisten eine Regierungskoalition im Reich und in Preußen herstellen. Diese Tatsache muß die christlichen Arbeiter zu der Erkenntnis bringen, daß die Brüning, Mühsa und Co. nie ihre Interessen wahrgenommen haben, sonst würden sie nicht bestrebt sein, eine Koalition mit dieser Mörder- und Streikbrecherpartei zu bilden. Der in den Versammlungen und in der Presse der Zentrumspartei geführte „Kampf“ gegen die National-

sozialisten ist hiermit auf das deutlichste enthüllt. Die neuen Hungermaßnahmen der besitzenden Klasse — Lohn- und Unterstützungsabbau, neue Massenentwerfungen ufm. — sollen mit Hilfe der Zentrum-Nazikoalition durchgeführt werden. Die SA.-Banden haben hierbei die Aufgabe, den zu erwartenden Widerstand der Arbeiterklasse mit verstärktem Blutterror zu brechen.

Der Prozeß vor dem Beuthener Sondergericht gegen die Nazimörder von Potempa hat den christlichen Arbeitern und Frauen recht deutlich vor Augen geführt, was für Besten die Faschisten sind. Der Prozeß hat aber auch gezeigt, daß die wahren Schuldigen nicht die zu Tode Verurteilten, sondern die Hitler, Goebbels und Heines es sind.

Wir richten an die christlichen Arbeiter und Frauen den dringenden Appell, mit uns zu verhindern, daß die Regierungsgewalt Hitler und seinen Trabanten gegeben wird. Wir rufen sie auf, mit uns Kommunisten in der Front der Antifaschistischen Aktion in den Betrieben und auf den Stempelstellen den außerparlamentarischen Massenkampf gegen die kapitalistische Herrschaft, für die Arbeiter- und Bauernregierung zu führen. Nur die Arbeiter- und Bauernregierung garantiert allen werktätigen Schichten Arbeit, Brot und Freiheit.

Weitere Sammelbeträge für die streikenden belgischen Bergarbeiter

Roter Bergarbeiter-Verband Tschechoslowakei 4 000 Kronen
Antifaschische Bergarbeiter-Föderation Frankreichs 2 320 Franc
Nichtgewerkschaftsverband Deutschlands 50 Mark
Ortsauschuß der Erwerbslosen Danzig 8,50 Mark

Steigert die Sammlung für die belgischen Kumpets!

Es lebe die internationale Solidarität!

An die Arbeiter in den reformistischen, christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften!

Massengewissen! Seit mehr als 7 Wochen führen die belgischen Bergarbeiter ihren heldenhaften Kampf gegen den Kohlenabbau. Die reformistischen und christlichen Gewerkschaftsführer wagen nicht, über den heroischen Kampf der Bergarbeiter Belgiens, der gegen den Willen der Gewerkschaftsleitungen ausgebrochen ist und heldenmütig weitergeführt wird, zu unterrichten.

Sie haben eine Verschwörung des Schweigens gegen den belgischen Streik vereinbart, weil sie feucht zugeben müßten, daß keine Verantwortung wegen der Haltung der Führer in den Reihen der reformistischen und christlichen Organisationen Belgiens besteht.

Aber die Bergarbeiter Belgiens brauchen dringend die aktive Solidarität ihrer Klassenbrüder in Belgien und im Ausland!

Die Führer des reformistischen Bergarbeiterverbandes von Belgien haben die Streikunterstützung um die Hälfte herabgesetzt und drücken mit ihrer vollständigen Einstellung. Die Führer der übrigen reformistischen belgischen Verbände sabotieren den Solidaritätskampf der Arbeiter der anderen Industrien und lehnen die finanzielle Unterstützung der streikenden Bergarbeiter aus ihren Verbänden ab. Ein jeder Bergarbeiter in Deutschland, Frankreich, England, Holland, Polen, der Tschechoslowakei und anderwärts soll wissen, daß die reformistische Bergarbeiter-Internationale, deren Sekretär der Generalsekretär des reformistischen Bergarbeiterverbandes von Belgien, Achille Delattre, ist, sabotiert auf das schändlichste den Kampf gegen Förderung und den Transport ausländischer Kohle nach Belgien und gegen eine großzügige Solidaritätsaktion zur Unterstützung der belgischen Bergarbeiter. Die Führer der dieser Internationale angeschlossenen Verbände hegen vielmehr gegen die von

den revolutionären Organisationen in Belgien und im Ausland eingeleiteten Zusammenfassungen für die streikenden belgischen Bergarbeiter. In Nordfrankreich treten die Sekretäre des reformistischen Bergarbeiterverbandes frech und offen auf gegen die Sammlungen der revolutionären Bergarbeiterföderation für die belgischen Kameraden.

Massengewissen! Die belgischen Bergarbeiter sind die Vorkämpfer der gesamten internationalen Arbeiterklasse bei der proletarischen Gegenoffensive gegen Lohnabbau und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Ihr werdet sie nicht im Stich lassen! Ihr müßt alles anbieten, damit sie ihren heroischen Kampf bis zum Siege führen.

Lehnt jede Förderung und jeden Transport von Streikbrecherkohle ab! Stellt die Frage der finanziellen Unterstützung der belgischen Bergarbeiter in allen euren Verbänden!

Fordert die Abhaltung von Gewerkschafts-, Belegschafts- und Massenversammlungen und erzwingt Beschlußfassung über eine so-

Es lebe der Sieg der streikenden Arbeiter Belgiens, der Vorkämpfer des internationalen Proletariats, beim Gegenangriff gegen die Offensive des Kapitals!

Es lebe die internationale Solidarität!

22. August 1932.

Europäisches Sekretariat der Roten Gewerkschaftsinternationale
Internationales Komitee der Bergarbeiter

fertige Solidaritätsaktion! Tretet in den Betrieben mit den Genossen aus anderen Verbänden und den unorganisierten Kollegen zusammen und beschließt die Ausführung eines Teiles eures Lohnes an die belgischen Kameraden. Organisiert die Unterbringung der Kinder der Streikenden in euren Familien. Brecht die von den Führern eurer Verbände organisierte Verschwörung des Schweigens gegen eure belgischen Vorkämpfer und erzwingt die breiteste Diskussion über ihren Streik!

Lebt Solidarität und führt den Kampf für eine breite Solidaritätsaktion!

Bereitet den Streikkampf für eure eigenen Forderungen vor! Helft mit jedem Groschen den belgischen Bergarbeitern, zu siegen!

Der Sieg der Bergarbeiter Belgiens wird ein verheißungsvolles Vorzeichen für siegreiche Kämpfe des Proletariats in allen Ländern und Industriezweigen sein!

20jähriger Antifaschist zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt

Fordert in Betrieben und Stempelstellen durch Proteste die Nichtvollstreckung des Schendensurteils — Fort mit den Sondergerichten, heraus mit unseren 9000 proletarisch, politischen Gefangenen!

Berlin, 25. August. (Sig. Drahtber.) Gestern verhandelte das Berliner Sondergericht gegen den 20jährigen antifaschistischen Arbeiter Paul Schmidke, der beschuldigt wurde, einen Schuß auf Nazis abgegeben zu haben. Schmidke erklärte mit Bestimmtheit, daß er nicht geschossen habe, daß er überhaupt keine Waffe besessen hat. Es ist auch niemand etwa durch einen Schuß verletzt worden. Als Zeugen traten nur Nazis auf, die natürlich sämtlich den Jungarbeiter Schmidke beschuldigten. Das Sondergericht verurteilte Schmidke zu der ungeheuren Strafe von zehn Jahren Zuchthaus.

Schmidke war der Nationalsozialist Bichel angeklagt, der bei Meier Schreier mit der Pistole in der Hand "gehockelt" wurde. Bichel der Staatsanwalt beantragte neun Monate Gefängnis gegen Bichel, aber das Sondergericht sprach den Nazi Bichel frei.

Vertätige in den Betrieben und Stempelstellen! Nehmt überall Stellung, fordert in Entschließungen durch Delegationen, durch Proteste die Nichtvollstreckung des Schendensurteils! Erhebt noch mehr als bisher den Ruf:

Fort mit den Sondergerichten, heraus mit unseren 9000 proletarisch-politischen Gefangenen!

Ausdrücken! Weitergeben! Diskutieren!

Umbau der Wirtschaft? aber wie?

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat ein großes Bündel von Agitationsanträgen veröffentlicht, die von SPD. und ADGB. als „Umbau der Wirtschaft zum Sozialismus“ gepriesen und zur Täuschung der Arbeitermassen benutzt werden. Wir entlarven diesen neuen Betrug der SPD.- und ADGB.-Führer, indem wir den sozialdemokratischen Arbeitern konkrete Fragen stellen:

1. Glaubt ihr, sozialdemokratische Kollegen, daß die Papen, Schleißer, Schäffer, Warhold, diese Regierung des Finanzkapitals, den Sozialismus durchzuführen wollen oder können?

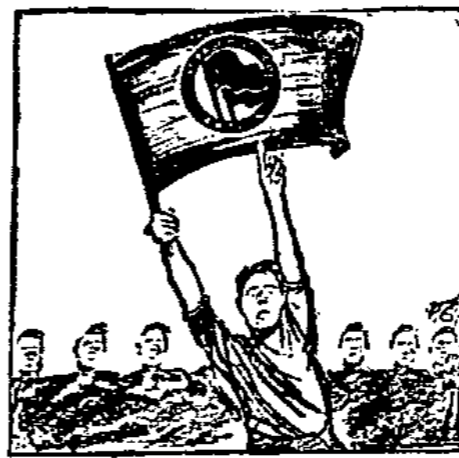
Die Reichstagsfraktion der SPD. sucht den Anschein zu erwecken, als ob es durch Anträge im Reichstag, dem Parlament des Kapitalistenstaates, möglich sei, die kapitalistische Wirtschaft in eine sozialistische umzubauen; sie sucht den Arbeitermassen vorzutäuschen, als ob die Regierung der Truistönige und Großagrarier, das Kabinett Papen, durch die Annahme irgendwelcher Anträge gezwungen werden könne, den Sozialismus „einzuführen“. Die Kapitalistenklasse hat in Deutschland die Macht; sie wird nicht den Hintern abgeben, auf dem sie sitzt. Wer den Sozialismus will, muß ihn erkämpfen durch den Sieg über die Kapitalistenklasse. Wer den Arbeitern etwas anderes sagt, ist ein Betrüger.

2. Was haben die SPD.-Anträge überhaupt mit Sozialismus zu tun?

Ist vielleicht die Reichsbank, deren kapitalistische Tätigkeit jedem Arbeiter klar ist, ein „Stück Sozialismus“? Unföhl! Die Reichsbankdirektoren um Dr. Luther und ihr Generalsat, der aus lauter Bankmagnaten, Truistönigen und Großgrundbesitzern zusammengesetzt ist, würden schon lachen, wenn man sie als „sozialistisch“ bezeichnen würde. Nun will die SPD.-Fraktion, daß neben dieser Reichsbank eine zweite „Staatsbank“ aus den bestehenden fünf Großbanken gebildet werde (von denen übrigens schon drei dem Staat gehören). Diese Bank würde ebensowenig sozialisiert sein wie die Reichsbank.

Ist eine Staatsdomäne in Preußen, Nazi-Medlenburg oder einem anderen Lande ein „Stück Sozialismus“? Fragt mal die Landarbeiter; sie werden euch sagen, daß sie auf diesen Do-

mänen genau so kapitalistisch ausgebeutet werden wie auf privaten Gütern. Nun will die SPD.-Fraktion in einem ihrer Anträge fordern, daß die Güter der Großgrundbesitzer diesen abgekauft und verstaatlicht, d. h. zu Domänen gemacht werden; damit würde



weder für die Landarbeiter als Lohnsklaven noch für die übrige Arbeiterklasse, welche die Lebensmittel zu den Preisen des kapitalistischen Marktes kaufen muß, etwas geändert. Wer den Massen erzählen will, daß dies Sozialismus sei, belügt sie.

Sind etwa die Kohlenbergwerke der Preußag oder die zahlreichen anderen Betriebe des Reiches, der Länder und Gemeinden Sozialismus? Ist dort die Ausbeutung und die Rechtlosigkeit der Arbeiter nicht genau so wie in den privatkapitalistischen Betrieben? Wenn das „Sozialismus“ wäre, dann wäre ja der Junker von Bismarck, den Bebel und seine alte Garde als die Verkörperung der Reaktion bekämpfte, „Sozialist“ gewesen. Nein, es gibt keinen größeren Schwindel als den, den Arbeitermassen diese staatskapitalistischen Betriebe als „Sozialismus“ anzupreisen.

Es gibt keinen Sozialismus ohne den Sieg des Proletariats. Das sozialdemokratische Geschwätz von „Sozialismus“ will nur die Arbeitermassen betrügen. Wer den Sozialismus will, der muß ihn erkämpfen in der roten Einheitsfront unter den Fahnen der kommunistischen Partei!

Gleiwitzer Schamottefabrik als Ausbeutungshölle

Arbeiterinnen werden miserabel bezahlt — Urlaub wird mit 1,20 Mark pro Tag bezahlt, so daß Arbeiterinnen auf denselben verzichten — Hohnsprechende sanitäre Betriebsverhältnisse — Tragt die Antifaschistische Aktion auch in diesen Betrieb!

(Arbeiterinnenkorrespondenz.)

Gleiwitz. In der Gleiwitzer Schamottefabrik arbeiten zurzeit noch 30 Arbeiterinnen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in diesem Betrieb neben den gesundheitlichen und sanitären Zuständen, sind ein einziger Skandal. Die Arbeitszeit beginnt morgens 6 Uhr und endet nachmittags 4 Uhr, bei zusammen 1½ Stunden Frühstücks- und Mittagspause.

Der Stundenlohn beträgt für die schwere und äußerst gesundheitschädliche Arbeit, bei den katastrophalen sanitären und gesundheitlichen Betriebsverhältnissen, 34 Pfg. die Stunde. Bei Akkordarbeit kann man im Höchsthalle 3 Mark pro Tag verdienen. In diesem Betrieb herrscht mit die größte Antreiberei und wenn sich mal eine Arbeiterin ausruht, wird sie angebrüllt und ständig mit Entlassung gedroht.

Der Urlaub wird mit 1,20 M. pro Tag bezahlt, so daß die Arbeiterinnen infolge der schlechten Bezahlung auf den Urlaub verzichten.

Die sanitären und gesundheitlichen Zustände in der Fabrik sind unter aller Kritik. Bei Heizung der Lejen ist der Arbeitsraum voll Dämpfe und Rauch, da keine Vorrichtungen zur Durchlüftung der Räume vorhanden sind. Arbeiterinnen, denen infolge der giftigen Gase unwohl wird, können sich Tropfen, um wieder zu sich zu kommen, aus dem Büro holen. Doch dort wird ihnen dann gemächlich gesagt: „Hast dich wohl gestern wieder besoffen,“ und ähnliche beschimpfende Bemerkungen. Die hygienischen Einrichtungen sind die denkbar schlechtesten.

Für 30 Arbeiterinnen sind nur 3 Waschbeden und 2 Zementbadewannen vorhanden. Die Wannen kleben vor Schmutz und Urat, daß sie niemand benutzen mag. Das Klosett harret vor Schmutz und wird gleichfalls nicht gereinigt.

Dem Betriebsrat, der der SPD. angehört, sind zum wiederholten Male über die Zustände Beschwerden ausgegangen, doch wird nichts

geändert. Bei den Arbeiterinnen weiß man, daß es der Betriebsrat mit den Beamten und der Fabrikleitung hält und sie haben zum Betriebsrat nicht mehr das geringste Vertrauen. Belegschaftsversammlungen finden keine statt. Lohnabbau wurde auch vorgenommen. So betrug vordem der Lohn pro Schicht 3 Mark, jetzt nur noch 2,65 Mark pro Schicht. Einer der schlimmsten Antreiber ist der Meister S t h r a, der die Arbeiterinnen beschimpft, wenn die Leistungen nicht zu seiner Zufriedenheit ausfallen.

Die Arbeiterinnen müssen sofort eine Belegschaftsversammlung verlangen und sie selbst über den Kopf des Betriebsrates hinweg durchführen, wenn er sich weigert.

In derselben muß beschlossen werden, daß sofort dafür Sorge getragen wird, daß:

1. Vorrichtungen in den Arbeitsräumen angebracht werden, die dafür sorgen, daß ständig frische Luftzufuhr erfolgt.
2. Ausreichende Wasch- und Badegelegenheiten beschafft werden, dessen Instand- und Sauberhaltung durch die Fabrikleitung zu erfolgen hat.
3. Muß in unmittelbarer und möglicher Nähe der Arbeitsräume Trinkwassergelegenheiten eingerichtet werden.
4. Sanitäts- und sonstige Material für Unglücksfälle (Ohnmachtsanfälle) muß im Betrieb untergebracht und von einem Sanitäter der Belegschaft verwaltet werden und der Belegschaft ständig zugänglich sein.

Neben diesen Forderungen in bezug auf die gesundheitlichen und sanitären Verhältnisse des Betriebes, muß die Arbeiterchaft des Betriebes zu der Urlaubsfrage Stellung nehmen und Urlaub bei voller Lohnzahlung fordern.

Das sind die Forderungen, für die die Arbeiterinnen den Kampf führen müssen. Tragt die Antifaschistische Aktion in den Betrieb. Wählt einen Kampfpausch der Arbeiterinnen und fordert von der Fabrikleitung und dem Betriebsrat die Erfüllung eurer Forderungen, anderenfalls ihr bereit seid, für diese so notwendigen Forderungen den Kampf aufzunehmen.

Was Lenin 1914 schrieb

Ostfrankreich, im Kriegszustand

Größte französische Luftmanöver als Generalprobe für den Ernstfall im Gange

Paris, 24. August. In Ostfrankreich, im Grenzgebiet Mar...

Zweck dieser Manöver soll sein: 1. Eine genaue Prüfung der...

Das gesamte Manövergebiet gilt als „im Kriegszustand“

und wird von „feindlichen“ Flugzeugen aller Gattungen über...

rasche Feststellung eines geplanten Angriffs, die schnelle Weitergabe einer Sichtmeldung...

In Metz und Reims werden die für die Bevölkerung ein...

Derartig großzügige Manöver sind schon als unmittelbare...

Die kommunistische Partei Frankreichs hat im Manöver...

Farmerstreik in den Vereinigten Staaten

New York, 24. August. In zahlreichen Gebieten der Ver...

Der Bürgermeister von Sioux schlug den Gouver...

Französische Stadtverordnete begrüßen die kämpfende deutsche Arbeiterklasse

Paris, 24. August. Der kommunistische Gemeinderat von...

Die österreichische Regierung hat das Einreiseverbot für...

Im Kolbenbetrieb in Prag sind die Arbeiter und die Ar...

Winkel Europas, nicht anders „das Vaterland verteidigen“, als...

Und für die Revolution des Proletariats bedarf es einer...

Mike Pell:



Copyright by Internationale Arbeiter-Verlag, Berlin C 25

21. Fortsetzung

„Wenn das Schiff im Hafen ist, ohne weiteres. Sonst ist es...

Stanley stieß Gunnar in die Rippen und flüsterte: „Glaubst...

„Ja, das ist schon richtig. Hab früher schon davon gehört...

Der zweite Maschinist der „Utah“ wandte sich an Mary:

„Frage ihn, ob er Reiserdeoffizier ist.“

Mary erklärte dem zweiten Steuermann, was Reiserdeoffiziere...

Es war bei ihrem Eintritt eine Diskussion im Gange über...

„Unsere SPD-Zeitungen haben uns belogen“, berichtete einer...

„Ich habe selber mit zehn Kollegen gesprochen. Einer wie...

Freiheit beschränkt worden ist. Sie sind freiwillig in der Sowjet...

Der russische Steuermann forderte die Leute auf, Fragen zu...

„Hundert Prozent! Bei uns geht jeder Arbeiter in den Ver...

Wieder ein Deutscher fragte den Russen: „Bist du im selben...

„Ja, wir haben nur einen Verband mit gleichen Rechten für...

Die Deutschen nahmen die Exkursion sehr ernst. Sie legten...

„Wie steht's mit Entlassungen? Kann ein Seemann den Saß...

Der zweite Steuermann freute sich anscheinend über diese...

„Das Recht, Arbeiter willkürlich zu entlassen, hat bei uns...

„Auf dem Rückweg nach der „Utah“ meinte er, an seine Kol...

Shorty rief dazwischen: „Arbeitgeber? Du sagst doch, daß...

„Die nationalen Truste sind unsere Arbeitgeber. Wir See...

Der Sowjetsteuermann lachte. „Freilich! Uns fehlen sogar...

„Ich verstehe nicht“, meinte Stanley, „daß ihr bei so viel...

Der Steuermann lachte: „Denke doch an den Umfang der...

Der Wissensdurst schien gestillt zu sein. Der Steuermann...

„Auf dem Rückweg nach der „Utah“ meinte er, an seine Kol...

„Prawda“, allright!“

Fortsetzung folgt

Gute Erfolge bei Landagitation!

Sagan. Die Ortsgruppe Sagan benützte den Burgfrieden, um die Arbeit auf dem Lande zu erweitern. Drei Sonntage hintereinander wurde Landsonntag in der Agitation betrieben. Die Hausierer, Siedler, Pächter sowie Kleinbauern warten auf Kommunisten und ihre Zeitung. Reichliche Debatten wurden aufgeworfen. Jeder befindet sich in Rot und ringt mit dem Todein. „Hilft Dirler nun nicht, so kommt für uns sowieso nur noch der Kommunismus in Frage“, so und ähnlich äußern sich die kleinen Pächter. Es wurde Bergladorf, Gresslig, Brennstadt und Müllrich am ersten Sonntag bearbeitet. Für insgesamt 7.500 Mk. Literatur wurde abgesetzt. „Kommt doch öfters einmal“, war die Meinung der Landarbeiter. Am zweiten Sonntag konnte ebenfalls in Zeipau, Dausdorf und Neue Forstkolonie für 6.800 Mk. Literatur umgesetzt werden. Am dritten Sonntag in Cederdorf und Wachenau zusammen 9-10 Mk. Umsatz.

Kollegen, helft mit, damit der Kleinbauer nicht sagen kann, „Ihr kommt bloß einmal vor der Wahl, dann laßt ihr euch nicht mehr sehen“. Mit vollem Recht hat der Landmann ein Verlangen nach anderer Zeitung, um sich nicht irre führen zu lassen von jenen Kapitalnechten. Wir schlagen aber den Ortsgruppen vor, wenn man die Mitglieder dafür gewinnen will, um solche Landtage durchzuführen, muß man um 7 Uhr per Mod in Kolonnen abfahren, gut einteilen, Kaberschuh reservieren und geeignete Leute zum Verkauf und zur Diskussion ausfinden. Man soll es so einrichten, daß die Genossen spätestens 1 Uhr mittags zur Essenszeit an Ort und Stelle sind.

Da hat jeder Lust und Liebe zur Arbeit. Die Innehaltung der Zeit spielt eine wichtige Rolle.

Das Beispiel der Saganer Genossen aus der Praxis ist sehr zu empfehlen und wir fordern die übrigen Ortsgruppen zur Diskussion heraus.

Ein Nazibäcker empfiehlt sich!

Wäkegiersdorf. Der Bäckermeister Gebauer von der Kuenstraße, der bereits seine Arbeiterfreundlichkeit bei dem letzten Untersuchungsstand an den Wohlfahrtsberwerblosen bewies, als er es ablehnte, das Protokoll zu unterzeichnen, hat auch neuerdings wieder einmal seinen wahren Charakter gezeigt. Vor kurzer Zeit spielte das dreijährige Kind eines Arbeiters mit dem gleichaltrigen Kind dieses Nazibäckers. Angeblich soll das Kind des Bäckers bei dem Spiel von dem anderen Kinde geschlagen worden sein. Darauf befahl Gebauer seinen beiden Dienstmädchen, daß sie hinausgehen, um das Kind des Arbeiters zu verprügeln. Obwohl dieser Bäcker im Hause selbst nur zur Miete wohnt, spielt er sich schlimmer, wie ein Hauspasha auf. Körperlich schwächeren Menschen gegenüber maßt er sich die größten Frechheiten an. Zu einem Arbeiter sagte er, daß er ihn prügeln werde, bis er an der Wand kleben bleibt. Die kommunistische Propaganda im Dorfe kann diesen Frechheiten zu den höchsten Handlungen hinführen. Kurz vor der Wahl hing vor dem Hause ein Plakat von der kommunistischen Partei sei, spuckte er das Plakat an und ging wieder in den Laden.

Da Gebauer in wiederholten Fällen gezeigt hat, daß er keinen Wert auf Arbeiterkundschaft legt, müssen auch die Werttätigen dieses beherrschten und diesen Bäcker mit ihren Einkäufen nicht mehr bekräftigen. Nur dem Geschäftsmann unser Geld, der es mit den Arbeitern hält!

18. Internationaler Jugendtag am 3. und 4. September

Betriebsjugend in Antifaschistischer Aktion!
Hinein in die Jugendkolonnen der Antifaschistischen Aktion!
Streikbereit!

Bergarbeiterkameraden!

Gebt für den Kampffonds zur Unterstützung eurer streikenden belgischen Kameraden!

G

Empfehlenswerte Geschäfte in Schlesien

Friedland Nonnektion, Wolldecken, Strümpfe und Trikotagen immer billig im Central-Kaufhaus 47668 Braunaueer Straße Nr. 32		Görlitz Hermann Strobach Dresdener Platz 5 46945 Textilwaren - Reste		Jauer Brot-, Weiß- und Feinbäckerei 46970 Curt Warmuth , Königstraße 12	
Ballhaus, Schlesiener Hof Inhaber E. Gutter Landeshuter Str. empfiehlt sich den Werkstätten 47669		Wäschehaus Hermann Junge Morienplatz 6, gegenüb. dem dicken Turm Bettwäsche, Tischwäsche, Leibwäsche, Trikotagen u. Wollwaren, Kleider- u. Wäschestoffe, Gardinen 46641		Lebensmittel 46969 Martha Romalnozyk , Altjauer Str. 18 a	
Café, Bäckerei und Konditorei 47670 Max Bachmann , Braunaueer Str. 28		Reserviert 46807 Sobota Pontestraße 11 46900 Textilwaren		Schuhwaren und Fußpflege 46975 K. Kliefmke , Goldberger Str. 32	
Kolonialwaren, Fische, Wild 47671 Konserven, Obst und Gemüse F. Weider , Schweidnitzer Str. 6		Bruno Bolz 46811 Kakao - Schokoladen - Kaffee - Tee		Richard Wenke 46974 Goldberger Straße 24 Fleisch- und Wurstwaren	
Sämtliche Molkeprodukte 47672 empfiehlt Carl Neugebauer , Liebhstr. 2		Flach- und Feinkostgeschäft Paul Nultsch , Genianiplatz 39 46813		Verlangt stets Haselbach- und Kipke-Bier 46966 Erich Kell , Kirchstraße 1	
ff. Fleisch- u. Wurstwaren Ia Aufschnitt Josef Hermann , Obersteiner Str. 15 47673		R. Nollig , Breitestr. 22 47128 Fleisch- und Wurstwaren		Reinhold Köhler 46967 Vorwerkstraße 32 Fleisch- und Wurstwaren	
Möbelhaus Fr. Schubert 47674 Obere Steinstraße 3, Teilzahlung gestattet. - Lieferung frei Haus		K. Schubert Leipziger-Ecke Krölatr. 47344 Milch und Lebensmittel		Wilhelm Weinhold 46972 Goldberger Straße 10 Ia Fleisch- und Wurstwaren	
Kolonialwaren / Tabake 47675 Kise Japater , Untere Steinstraße 8		M. Nositz 46943 Reichenbacher Str. 14 Lebensmittel, Milch		Wir kaufen unsere Lebensmittel nur bei 36962 H. Lanksch , Königstraße 1 und unsere Milch am Milchwagen H. Riedel	
Kolonial- u. Schnittwarenhäuser 47676 Tabake Inh. Martha Stenkel , Heidstr. 18		Richard Schneider Langen-Ecke Breitestr. 46839 Fleisch- und Wurstwaren		Niesky R. Barthel , Waldstr. 2 Haus- u. Küchengeräte 47520	
Burgkeller 47677 Verkehrslokal aller Werkstätten Alois Preisel		G. Schmiedchen Konfitüren Lebensmittel Jauernicker Str. 43 46808		O. Jäschke Brot- u. Weißbäckerei Hindenburgstr. 9 47522	
Brot- und Feinbäckerei 47678 Hermann Wagner , Brauberg 5		E. Centiger , Heilige Grabstraße 73 47127 Fleisch- und Wurstwaren		O. Lorenz Brot-, Weiß- und Feinbäckerei Hindenburgstraße 20 47521	
Schmiedeberg Kauft im Hamburger Zigarrenhaus 47278		P. Prüfer , Jacobstraße 40 46940 Gold- und Silberwaren - Uhren		W. P. Müller Mittelstraße 1 Reinhold 47524	
Kolonial-, Rauchwaren, Franz Scholz 47273 Steinfeyßen 47, Markt 23		Ernst Seldel , Demtanipl. 19-20 47130 Reparatur-Werkstatt Große Auswahl Fahrräder, Nähmaschinen		Stern-Drogerie Drogen - Farben - Photo 47523 Horkaer Straße Nr. 1	
Brot- und Feinbäckerei Walter Petrasch 47274 Liebauer Straße 50		Destillation / Weinhandlung F. USEMANN Weberstraße 10 46649		Pelsterwitz Beste Bezugsquelle 47500 für Lebensmittel ist und bietet das Kaufhaus Klaus	
Brot- und Weißbäckerei 47275 Gerbert Schwabe , Liebauer Straße 50		Theodor Dürsel , Obermarkt 2 46814 Fahrräder und Ersatzteile		Fleisch- und Wurstwaren Mag. Kuhnerl , Hauptstraße 90 47499	
Richard Fehler , Oberstraße 14 47276 Bäcker - Kolonialwaren		Reserviert 47249		Reichenbach Oel	
Fleisch- u. Wurstwaren, Ia Aufschnitt Ernst Krebs , Oberstraße 5 47277		W. Melzer Hohenstraße 11 47250 Kronen-Apotheke Bismarckstr. 2 Preiswert! Reell! Qualitätswaren!		Max Hörter Markt 16 Reserviert 47184	
II. Fleisch- und Wurstwaren 47279 Berthold Nöring , Hammerstr.		Spezial-Bettengeschäft Bettfedern-Reinigung Anna Schlecht , Brüderstr. 3 46810		Reserviert 47133	
Leschwitz b. Görlitz E. Sperlich , Lebensmittel 47285 Zittauer Straße 35		Sämereien Alfred Frenzel Nachf. , Elisabethstraße 17 46645		Tannhausen Brot-, Weiß- und Feinbäckerei Bruno Fritsch , Blumenauer Weg 47008	
M. Model Demischstraße 4 Lebensmittel 46949		J. Bajer , Bauzener Straße 4/7 46812 Arbeitsbekleidung Wäbber- und Wollwaren		Schloß-Brauerei Tannhausen 47007	
G. Schicht , Zittauer Straße 20 47280 Brot-, Weiß- und Feinbäckerei		W. Melzer Hohenstraße 11 47250 Kronen-Apotheke Bismarckstr. 2 Preiswert! Reell! Qualitätswaren!		Brot-, Weiß- und Feinbäckerei Wilhelm Holz , Neuroder Straße 15 47006	
Paul Jäkel , Seidenberger Str. 39 46948 Lebensmittel		Maske & Co. Mittelstraße 5 47918 Schuhwaren 6%, blaue Marken		Penzig S. Frankenstein & Co. , Wilh.-Str. 35 47131	
Otto Gräfe Zittauer Str. 3 47282 Fleisch- und Wurstwaren		Braunburger , Breitestraße 47251 Brot-, Weiß- und Feinbäckerei		Gr. Warneberg Richard Dittrich , Destillation Ring 44 47497	
Endstation Schweizerhaus Leschwitz empfiehlt seine Lokalitäten Großer Saal Max Lange und Frau 47283		Reserviert 47298		Bernstadt Reserviert A 47509 Reserviert K 47508	
Die bevorzugten Rüdiger-Gaststätten Berliner Str. 22 47284 brüderstraße 1 bieten jedem das Beste		P. Schröter Ranschwalder Str. 27 47864 Fleisch- und Wurstwaren		Hugo Söczuka 47507 Auto- u. Motorrad-Zentrale / Abt. Fahrräder Fernsprecher 188 - An der Broslauer Straße	
		W. Miedemann Mittelstraße 20 47051 Obst, Gemüse Kolonialwaren		Harry Schäfer Likörfabrik Namslauer Str. 22-23 47806	
		Reserviert		Arbeiter deckt eure Rauchwaren im Zigarrenhaus Schneider Schulstraße 34 46990	
		Reserviert		Konradswaldau Kurt Kell , Dorfstraße 25 47843 Kolonialwaren - Spirituosen - Textil- und Eisenwaren	

Hitler fordert Brotlosmachung von 800 000 Arbeitern und Angestellten

Durch dick und dünn mit den Tributmächten gegen die Sowjetunion

Goebbels schweigt sich aus. Auf unsere Feststellungen, daß auf Verlangen von Thyssen und Konsorten einige entscheidende Punkte des Nazi-Programms abgeändert wurden, wußte der Norddecker Goebbels immer noch keine Antwort. Sie sollte ihm auch schwer fallen. Hat doch Hitler in einer Unterredung mit dem Berliner Hauptkorespondenten der „Allgemeinen Zeitung“ in der provozierendsten Weise die von der „Kriegs- und Friedensfrage“ festgestellten Änderungen des Nazi-Programms bestätigt.

Auf die Frage des Korrespondenten, ob die nationalsozialistische Bewegung zu den kapitalistischen Großkonzernen in Opposition stehe, und ob Hitler sie sozialisieren wolle, erklärte Hitler:

„Ich werde nie so töricht sein, alle großen Konzerne zu beseitigen. Man kann Lokomotiven nicht in Schmieden bauen noch Ozeandampfer bei Großbauern; man kann auch keine Automobile mit der Hand herstellen. Andererseits muß man sich auch vergegenwärtigen: Wir leben fast in unmittelbarer Nachbarschaft eines Landes, in dem der Kommunismus ausschließliches Dogma ist, und wo man versucht, ihn auch durchzuführen. Wir haben Millionen von Arbeitslosen in unserem Lande. Nur wenn das Eigentum unter den vielen Millionen unseres Volkes verteilt ist, und wenn jedermann an den Gütern der Welt teil hat, können wir hoffen, der Privateigentumsfeindlichen kommunistischen Idee eine geeignete Schranke zu ziehen.“

Hitler ist für die großen Konzerne, für Thyssen und Co., deren Geld er für seine mordende SA. benötigt. Hitler gesteht offen den Zweck der sozialen Demagogie der NSDAP, ein. Aus Furcht, daß die Arbeitermassen Deutschlands dem Beispiel der Sowjetunion folgen, — und Hitler gibt selbst zu, daß der Sozial-

ismus in der Sowjetunion ausgebaut wird, — betreibt die Nazi-Partei die frechsten Betrugsmanöver. In seiner Lobpreisrede gegen die Sowjetunion verlangt Hitler jetzt von der Papen-Schleicher-Regierung den Abbruch aller Beziehungen Deutschlands zu Sowjetrußland.

Wir sind in der Lage, der ganzen deutschen Arbeiterklasse folgende alarmierende Tatsache zur Kenntnis zu bringen:

Vor einigen Tagen hatte der Vertreter einer namhaften ausländischen Zeitung eine Unterredung mit Hitler in Berchtesgaden, wo ihm Hitler unter anderem erklärte, daß er für den sofortigen Abbruch aller Beziehungen Deutschlands zu Rußland sei. Als ihn der Pressevertreter darauf aufmerksam machte, daß Hitler dabei vergahe, daß in Deutschland an die 800 000 Arbeiter von den Rußlandaufträgen leben, erklärte Hitler, daß das eine ganz untergeordnete Frage sei.

Ob weitere hunderttausend Arbeiter brotlos werden und auf die Straße fliegen, das kümmert Hitler nicht. Wenn es gegen die Sowjetunion geht, dann ist der Nazi-Partei alles recht.

Kann man noch offener seine kapitalistische und arbeitgeberfeindliche Haltung zum Ausdruck bringen? Hier wird auch der christliche SA.-Prolet begreifen, daß all die schönen Phrasen von nationaler und sozialer Befreiung nur der Deckmantel für die Unterstützung der kapitalistischen Räuber und Ausbeuter sind.

Gegen Anechtung und Ausbeutung kann auch der SA.-Prolet nur kämpfen; wenn er sich einreißt in die Front des antifaschistischen Massenkampfes.

und Brot gegen Unternehmer, gegen den reformistischen und christlichen Verrat der Gewerkschaftsbürokratie zusammenfassen. Die KGD. erfaßt gleichermaßen die oppositionellen, empörten, mit der verräterischen Instanzenpolitik der Gewerkschaftspolitik unzufriedenen Arbeiter innerhalb der Gewerkschaften wie die Arbeitermassen, die im revolutionären Kampf sich zu roten Industrieverbänden zusammenschließen, wie die gewerkschaftlich unorganisierten Massen, die jedes Vertrauen in die reformistischen Verbände verloren haben.

Wie keine andere Gewerkschaftsbewegung hat sich die KGD. die Aufgabe gestellt, und ist dazu berufen, die Einheit und Geschlossenheit aller Arbeiter und Angestellten, gleich welcher Partei und Gewerkschaftsorganisation, für den gemeinsamen Kampf herzustellen, ohne daß dazu der vorherige Austritt aus anderen Partei- oder Gewerkschaftsorganisationen Vorbedingung und auch nur erwünscht wäre. Daraus ist klar ersichtlich, wie lächerlich es ist, wenn die Gewerkschaftsführer von der KGD. als „Konkurrenzorganisation der freien Gewerkschaften“ ipsechen.

Politischer Inhalt und Ziel der Oppositionsbewegung innerhalb des ADGB. und der christlichen Verbände ist, dort die Klassen-genossen, die organisierten Arbeitskollegen, für den gemeinsamen Kampf mit der KGD., mit den unorganisierten und in roten Verbänden organisierten revolutionären Arbeitern zu mobilisieren. Nur so, im gemeinsamen Kampf, können die Arbeiter ihre Forderungen gegenüber den Unternehmern und gegen den Widerstand der sabotierenden Gewerkschaftsführer durchsetzen.

Die Kampforgane für den gemeinsamen Kampf aller Arbeiter und Angestellten, gleich welcher Partei- und Gewerkschaftsorganisation, wie ihn die KGD. auf ihre Fahnen geschrieben hat, sind die von allen Arbeitern der Betriebe oder Stempelstellen gewählten Einheitsausschüsse, Kampfleitungen oder Streikleitungen. Nicht ein paar Gewerkschaftsangehörige sollen die Arbeitsverträge bzw. Tarifverträge, die Abfordere und Stützpunkt mit den Unternehmern vereinbaren, sondern die von den Kollegen selbst gewählten Lohn- und Tarif- oder Verhandlungskommissionen, nach Zustimmung aller am Arbeitsvertrag beteiligten Kollegen. Das ist die Mobilisierung der Masseninitiative und Massenkampfkraft für den Kampf um Brot, Arbeit und Freiheit der Arbeiterklasse, wie er von der KGD. geführt wird. Die erfolgreichen Kämpfe, die die KGD. trotz der Kritik, trotz der Sabotage der Gewerkschaftsführer durchgeführt hat, sind ein Beweis für die Richtigkeit dieser Einheitspolitik für den Kampf.

Die Oppositionsbewegung der Gewerkschaftsmitglieder, die mit der Politik der ADGB.-Führer und der christlichen Gewerkschaftsführer unzufrieden sind, ist nicht gleichzusetzen mit der KGD. Die KGD. hat gewiß in ihren Reihen Tausende von Kollegen, die in den freien Gewerkschaften, weniger in den christlichen Gewerkschaften organisiert sind. Aber die Oppositionsbewegung der Gewerkschaftsmitglieder innerhalb der Gewerkschaftsverbände reicht weit über den Rahmen der KGD.-Mitglieder und der Kommunisten hinaus. Die Oppositionsbewegung in den freien und christlichen Gewerkschaften soll und wird ideologisch und politisch von der KGD. geführt. Organisatorisch wird die Oppositionsbewegung zusammengefaßt in den Oppositionsgruppen in den Betrieben, Branchen und Jahrestellen. Die Zugehörigkeit zu einer Oppositionsgruppe oder deren Leitung bedingt keineswegs die KGD.-Mitgliedschaft. In die Oppositionsbewegung gelangt es, immer breitere Schichten der Mitglieder der Gewerkschaften, Parteiloje, sozialdemokratische und christliche Kollegen einzubeziehen. Der nächste Schritt von hunderttausenden Gewerkschaftsmitgliedern, die am 31. Juli Kommunisten wählten, muß jetzt das Bekenntnis zur Opposition sein. Um das zu erreichen, müssen die kommunistischen und KGD.-Kollegen innerhalb der Verbände aktivste Arbeit entfalten.

Organisierung einer selbständigen Oppositionsbewegung bedeutet jedoch keineswegs Vernachlässigung oder Hintanhaltung der KGD. im Gegenteil. Ohne politische Initiative der KGD., ohne Vorhandensein der KGD. in den meisten Fällen auch keine Oppositionsbewegung in den Gewerkschaftsverbänden. Die Oppositionsbewegung hat den Zweck, die Gewerkschaftsmitglieder für den gemeinsamen Kampf mit der KGD. zu gewinnen. Das setzt das Vorhandensein der KGD. und ihre aktive Arbeit voraus. Je umfassender und stärker die Oppositionsbewegung innerhalb der Gewerkschaften, desto größer die Anhängerschaft der revolutionären Gewerkschaftspolitik, wie sie von der KGD. vertreten wird. So wie es falsch war und ist, bei Entwicklung der KGD. die Gewerkschaftsorganisationen freiwillig und kampflös zu verlassen, so falsch wäre es jetzt, bei der notwendigen härteren Betonung und Konzentrierung der revolutionären Gewerkschaftskräfte auf die Organisierung der selbständigen Oppositionsbewegung die KGD. zu schwächen oder ihre Rolle zu verschweigen.

Die KGD. ist die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung, die fähig und berufen ist, an der Seite der Kommunisten alle Ausbeuteten, gleich welcher Organisation und Gewerkschaft, zum gemeinsamen Kampf gegen die Ausbeuter und ihre Stützen zu sammeln und zu vereinen. Die KGD. ruft den Gewerkschaftskollegen in den freien und christlichen Gewerkschaften zu: Macht Schluß mit der Politik der Gewerkschaftsführer! Kämpft dafür, daß eure Organisationen eingesetzt werden zur Vertretung eurer Interessen, im Kampfe gegen die faschistische Reaktion, für die Aufhebung der kapitalistischen Lohnnechtschaft, für den Sozialismus! Führt mit uns gemeinsam den Kampf!

Junge „Christen“!

Verlaßt eure Führer, die den Kreuzzug gegen die Sowjet-Union organisieren und euch der faschistischen Diktatur preisgeben. Kämpft mit den Jungkommunisten gegen die faschistische Diktatur. Heraus zum Internationalen Jugendtag am 3. und 4. September.

DMV.-Verbandstag für Abbau der gewerkschaftlichen Gewerkslosenunterstützung

Dortmund, 25. August. (Eig. Drahtbericht.) Gestern hielt auf dem DMV.-Verbandstag der Vorstands Reichelt ein Referat über die Neuordnung der deutschen Wirtschaft. Er forderte von der Papen-Regierung die Sozialisierung und erklärte dabei: „Wir müssen Ordnung zu schaffen versuchen in dem privat-kapitalistischen System.“ Damit hat Reichelt auch offen ausgesprochen, daß die DMV.-Führer nur das kapitalistische System retten wollen.

Gestern wurde auch der Abbau der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung beraten. In diesem Zusammenhang machte der Berichterstatter der Statutenberatungskommission Reichelt aus Hamburg, das zynische Eingeständnis: „Wenn wir nicht zu den Beitrags- und Unterstützungsfragen Stellung zu nehmen brauchen, dann brauchen wir den ganzen Verbandstag nicht.“

Hier erhob sich bei den wenigen Arbeitern, die als Gäste auf der Tribüne anwesend waren, Protest. Darauf wurden sie rücksichtslos auf die Straße gesetzt. Der Verbandstag beschloß eine scharfe Herabsetzung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung, in dem die Bezugsbauer nicht mehr generell 15 Wochen, sondern je nach der Zugehörigkeit zur Organisation lediglich nur 12 Wochen betragen soll. Die Karenzzeit zum Wiederbezug von Arbeitslosenunterstützung wurde von 72 auf 92 Wochen erhöht. Außerdem erhielt der Verbandsvorstand die Ermächtigung, alle Unterstützungsarten nach eigenem Ermessen abzuschaffen.

Revolutionäre Gewerkschaftsbewegung gegen faschistische Reaktion

Von Erich Auer

„Die KGD.-Anhänger in Deutschland müssen in Betracht der immer weiter betriebenen frechen Spaltungspraxis der reformistischen Führer und in Anbetracht der wachsenden Gegensätze zwischen ihnen und den breiten Arbeitermassen jetzt schon konsequent, bewußt und unermüdet auf die Organisierung und Entwicklung einer revolutionären Gewerkschaftsbewegung zwecks besserer und erfolgreicher Vorbereitung und Führung der Klassenkämpfe des Proletariats hinarbeiten. Diejem Kurs auf die Schaffung von oben bis unten selbständiger Organe der revolutionären Gewerkschaftsbewegung ist die ganze Arbeit unterzuordnen.“

(Schluß des V. KGD.-Kongresses 1928.)

Die KGD. (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition), die heute im Leben der deutschen Arbeiterklasse bereits einen wichtigen Platz bei den Kämpfen um Lohn und Brot und darüber hinaus im Kampf gegen Faschismus, gegen das System der kapitalistischen Lohnnechtschaft, der Massenarbeitslosigkeit einnimmt, hat sich im härtesten Kampf gegen die reformistische Verräter- und Spaltungspraxis der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer als neue revolutionäre Gewerkschaftsbewegung entwickelt. 40 000 revolutionäre Arbeiter sind von den sozialdemokratischen Verbandsführern aus den freien Gewerkschaften in den letzten Jahren ausgeschlossen worden. Diese ausgeschlossenen revolutionären Kollegen haben niemals freiwillige Lohnabbauvereinbarungen mit den Unternehmern unterzeichnet, wie gewisse ADGB.-Führer, sie haben weder mit dem Abgesandten Hitlers, dem Abgeordneten Straßer über gemeinsame Arbeitsbeschaffungspläne verhandelt, wie Herr Kurtwängler vom ADGB., noch haben sie mit Schleicher über die Ausrückung einer Nazi-Koalitionsregierung verhandelt wie Leipart, noch am 20. Juli, dem Tag des Staatsstrechs in Preußen, den Streikbruch proklamiert. Die zehntausende ausgeschlossener revolutionärer Gewerkschaftskollegen sind einfache Proletarier, die zum Teil ein menschenalter Mitglieder der freien Gewerkschaftsorganisationen waren und in opfervoller Arbeit dazu beitrugen, die freien Gewerkschaften für den Klassenkampf aufzubauen. Ihr „Verbrechen“, für welches sie von der Bürokratie ausgeschlossen wurden — in den meisten Fällen, ohne die Mitglieder zu befragen — bestand darin, daß sie mutig vom Standpunkt des revolutionären Klassenkampfes gegen die reformistische Verräterpolitik der Verbandsführer in den Gewerkschaftsberatungen auftraten. Diese Kollegen, die Schulter an Schulter mit ihren Klassenkameraden in den freien Gewerkschaften kämpften, die heute zum größten Teil KGD.-Mitglieder sind, werden jetzt in schamloser Weise von den Gewerkschaftsführern den Nazi-Kapitalnechten, die Leben und Eigentum der Arbeiterbewegung vernichten, gleichgestellt.

Durch ihre Verbundenheit und übernommene Verantwortlichkeit für das kapitalistische System und seine Wirtschaft sind die reformistischen und christlichen Gewerkschaften in ihrer Führung nicht mehr imstande und nicht gewillt, den notwendigen Kampf der Arbeiterklasse für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu führen. Das Wort von Karl Marx, daß die Arbeiter nichts zu verlieren haben als ihre Ketten, bezeichnen die ADGB.-Führer jetzt als „reaktionäre Phrase“ (Sollmann in Leipzig auf dem Parteitag der SPD.). Sie prebigen, daß in der deutschen Republik die Arbeiter etwas zu verlieren hätten und rühmen die „sozialen Errungenschaften“, die jetzt abgebaut werden, als „ein Stück des bereits verwirklichten Sozialismus“ (Tarnow in Leipzig). Dabei ist gerade durch die reformistische Verbandspolitik ein kümmerliches Recht nach dem anderen, das die Bourgeoisie der Arbeiterklasse als Reform 1918 geben mußte, um „Schlimmeres“ zu verhüten, kampflös preisgegeben worden. Die Tarifverträge sind unter Mitwirkung reformistischer Verbandsangestellter immer mehr verschlechtert und ausgehöhlt, die Unabhängigkeit der Tarifverträge in einer Anzahl von Fällen mit Zustimmung der Gewerkschaftsführer aufgehoben worden. Tarnow vom ADGB. schrieb in seinem Buch „Warum arm sein“, daß es den Arbeitern bereits innerhalb des Kapitalismus immer besser gehen würde und daß Armut eine soziale Krankheit sei. Auf dem Leipziger Parteitag der SPD. führte Tarnow aus, daß die Sozialdemokraten und der ADGB. den bankrotten Kapitalismus nicht stürzen, sondern als Vergeze wie einen kranken Patienten heilen müssen. Die Gewerkschaftsinstanzen sind aus Klassenkampforganisationen zu Streikbruchzentralen geworden.

Deshalb mußte die KGD. entstehen und deshalb muß sie zu der revolutionären Gewerkschaftsbewegung entwickelt werden, die in breiter Front aller Arbeiter die ökonomischen Kämpfe der Arbeiterklasse organisiert und führt. Die KGD. will die gesamte Masse der Arbeiter, Angestellten und Beamten, ob Betriebsarbeiter oder erwerbslos, ob außerhalb oder innerhalb der reformistischen oder christlichen Verbände, zum Kampf um Lohn

und Brot gegen Unternehmer, gegen den reformistischen und christlichen Verrat der Gewerkschaftsbürokratie zusammenfassen. Die KGD. erfaßt gleichermaßen die oppositionellen, empörten, mit der verräterischen Instanzenpolitik der Gewerkschaftspolitik unzufriedenen Arbeiter innerhalb der Gewerkschaften wie die Arbeitermassen, die im revolutionären Kampf sich zu roten Industrieverbänden zusammenschließen, wie die gewerkschaftlich unorganisierten Massen, die jedes Vertrauen in die reformistischen Verbände verloren haben.



Verlaßt eure Führer, die den Kreuzzug gegen die Sowjet-Union organisieren und euch der faschistischen Diktatur preisgeben. Kämpft mit den Jungkommunisten gegen die faschistische Diktatur. Heraus zum Internationalen Jugendtag am 3. und 4. September.

RUND UM DEN ERDBALL

Die Rote Armee im Fernen Osten

Von Otto Heller

Wer da glaubt, es gäbe rings um die besondere, mit dem Roten Fahnen-Erdens ausgezeichnete Fernöstliche Armee nichts als Stachelndraht und Geheimnis, der wird sehr rasch eines anderen belehrt, wenn er sich nur richtig umsieht. Niemals hat die Sowjetmacht verleugnet, daß sie ihr Territorium mit allen Mitteln verteidigen wird, niemals hat sie die Kraft ihrer Arbeiter- und Bauarmee im Dunkeln gehalten. Noch jetzt erzählen die Bauern weit im Umkreis von Tschita, was sie am 1. Mai bei der Parade zu sehen bekamen. Man lud alle Kollektivwirtschaftler ringsum ein und zeigte ihnen, aber auch den Vertretern der ausländischen Konsulate, ein wenig von der technischen Leistungsfähigkeit der Roten Armee. Die Armee ist bisher hier weder abgekapelt noch ist sie Objekt irgendeiner besonderen Beachtung. Sie ist völlig selbstverständlich, Blüher und seine Leute gehören zur Landschaft, zum Aufbau, zu all den Problemen, die hier wie anderswo die emsigen Kräfte in Atem halten. Die Grenze muß verteidigt werden, denn es ist die Grenze des sozialistischen Aufbaus, die Armee arbeitet an der Verteidigung, wie die Bauarbeiter an den Werken, die Metallarbeiter im „Dalsawod“ in Wladiwostok oder sonstwo. Es gibt Kollektivbauern, Steinarbeiter und Grenzscharmisten, sie alle haben nur eine Aufgabe, sie gehören alle zusammen, die Armee wird nicht als etwas Besonderes beachtet, aber sie wird um so mehr geliebt.

Studiert man hier etwa die Anbauziffern, die Angaben über Saatlfläche und Sommerweizen, so stößt man wieder auf eine Kurve „Rotarmisten“. So haben diese geheimnisvollen Rotarmisten in Blagoweschtschen! nicht blaue, sondern grüne Sojabohnen geerntet (9,8 Hektar), Sonnenblumen und Mais, nicht weniger als 37,5 Hektar Gemüsekulturen und 11,2 Hektar Weizen. Viele „Rotarmisten“ sind nach Ablauf ihrer Dienstzeit im Fernen Osten geblieben, haben Land genommen und haben eine Kollektivwirtschaft gegründet. Das ist nicht nur in Blagoweschtschen! so, das ist im ganzen Fernen Osten so. Es gibt bereits tausende Hektar Bodens, die von solchen ehemaligen Rotarmisten urbar gemacht wurden. Neben diesen Wirtschaften ehemaliger Rotarmisten entwickeln sich in letzter Zeit sehr stark die Wirtschaften der Rotarmistenkooperativen. In allen größeren Orten gibt es eigene, geschlossene Rotarmistenkooperativen, die genau so wie alle anderen Kooperativen jetzt dazu schreiten, Vorkadawirtschaften zu organisieren. In Blagoweschtschen! haben diese Kooperativen 178 Hektar Kartoffeln angebaut und 101 Hektar Gartenkulturen, außerdem 94 Hektar Weizen. Eine Gesamtübersicht über diese völlig neuen Wirtschaften steht zur Zeit noch.

Die Fernöstliche Rote Armee entfaltet aber auch noch in anderer Weise eine Tätigkeit, die sich von der ihres — einige Tausend Kilometer von ihr entfernten — japanischen Gegenübers einigermassen unterscheidet. Während in der Mandchurie die japanische Armee dazu beigesteuert hat, daß die Auslastung katastrophal zurückgegangen ist, haben die Abteilungen der Roten Armee auf Grund eines besonderen Befehls der Politischen Verwaltung der Armee überall bei der Auslastung aktiven Anteil genommen. Es ist eine Selbstverständlichkeit geworden, daß die Rotarmisten den Kolchosbauern helfen, wie es niemand wundert, daß sie etwa in Chabarow! beim Verfüßern der Straßen und Trottoirs mitwirken.

Der Park und das Haus der Roten Armee in Chabarow! und Mittelpunkt eines allabendlich mit ausgezeichneter Musik umrahmten fröhlichen Treibens, Ausstellungen, Konzerte, Theateraufführungen, Vorträge folgen Tag auf Tag. Einen genaueren Einblick in die innere Kulturarbeit der Roten Armee geben aber die nachfolgenden Ziffern.

Die Fernöstliche Armee verfügt über 7500 Rotarmistenkorrespondenten, die regelmäßig an die „Trewoga“ (Alarm), die Tages-

zeitung der Armee, berichten, die in einer Massenausgabe abgelehrt wird (im Verkauf! — Die Rotarmisten abonnieren das Blatt). Die „Trewoga“ gibt jetzt auch eine künstlerisch-literarische Monatschrift heraus, die sich neben allen ähnlichen Erscheinungen ruhig leben lassen kann.

Es gibt nicht weniger als 1800 Klubzirkel, an denen in drei Monaten 27 200 Mann beteiligt waren. Davon waren 373 politische, 133 militärische, 270 technische, 327 allgemeinbildende und 120 künstlerische Zirkel. Am stärksten besucht waren die allgemeinbildenden. Während dreier Monate wurden in der Armee 2110 politische Vorträge gehalten. In der Armee gibt es 438 Rotarmistenzellen mit 14 851 Mitgliedern, 17 270 Mitglieder der Osoawiachim und 123 Gruppen des Awtozor (Freunde der Automobilisierung). In drei Monaten wurden aus den Regimentsbibliotheken nicht weniger als 153 218 Bücher entliehen. Die Bücher reichen

nicht im mindesten aus, der Bedarf übersteigt alle Vorräte. 30 Prozent aller entliehenen Bücher waren schöngestiger oder künstlerischer Natur. Analphabeten gab es Anfang 1932 im ganzen 3500, die aber bis Ende des Jahres alle lesen und schreiben werden. 1931 lernten 2500 Mann lesen und schreiben. Analphabeten werden nicht gebildet. Kommandeure, die sich nicht um die Liquidierung des Analphabetentums kümmern, werden streng zur Verantwortung gezogen. Bis zum 4. Juli zeichnete die Armee 3 Millionen Rubel auf die neue Sowjetanleihe, für die wenigen Tage der Zeichnungsfrist eine ungeheure Summe, die Einzeichnung hatte kaum erst begonnen.

Wer das Gebäude des Stabs der Fernöstlichen Armee betritt — das Gebäude liegt mitten in der Stadt und man kann die große und leuchtende Aufschrift von weitem lesen —, der steht, bevor er den Wachtposten passiert, vor Aufrufen zu Klubabenden, Mahnungen, die Sprachkurse nicht zu veräumen, vor Einladungen des Parteikollektivs, Mitteilungen über neuingelungene politische Bücher. Man erinnert sich mit Grausen an die „Bekanntmachungen“ kaiserlicher oder königlicher Korpskommandeure, die Listen über erhaltene Monturen bei der Obermonturverwaltung auf Formular 3457/89 — b rechtzeitig vorzulegen . . .

Arbeitsdienst



Dieses Bild aus einem Arbeitsdienstlager genügt, um zu erkennen, wohin die Reise geht. Militärischer Drill und Kommissbrot — wie in „guter, alter Zeit“.

Der Ordnungshüter als Mörder

Oberlandjäger ermordet die Geliebte

Beuthen, 24. August. Hier beginnt in den nächsten Tagen ein Prozeß, der aus dem Grunde allgemeines Interesse erregt, weil auf der Anklagebank unter der Beschuldigung des Mordes ein Oberlandjäger sitzt. Der Oberlandjäger Springer wird sich wegen Ermordung seiner Geliebten zu verantworten haben.

Springer war im Kreis Kreuzberg bei Gleiwitz tätig; er unterhielt ein Verhältnis mit einer Frau M. aus einem Nachbarort, dem Dorf Broslawitz. Beide verstanden es, ihre Beziehungen vor allen Leuten geheim zu halten; nicht einmal ihre Eltern, geschweige denn die Dorfbewohner noch gar seine Kameraden wußten etwas davon.

Der Oberlandjäger hatte Frau M. während der drei Jahre ihrer Freundschaft wiederholt die Ehe versprochen, jedoch nie im Ernst daran gedacht, es wahr zu machen. Immer wieder vertröstete er sie, selbst dann, als sie ihm verriet, daß sie sich Mutter fühlte. Als das Kind tatsächlich zur Welt kam, beschwor sie ihren Geliebten, sie doch endlich zu heiraten. Er lehnte es ab. Sie forderte von ihm die Anerkennung der Vaterchaft; er weigerte sich. Ja, er wollte nicht einmal die Alimente zahlen, so daß sie das Gericht anrufen mußte. Der Termin war bereits festgesetzt, als sich in Broslawitz ein sonderbarer Vorfall ereignete. Eines Abends, nur noch wenige Tage fehlten zur Verhand-

lung, fuhr ein Mann mit Hornbrille und bandagiertem Gesicht vor dem Haus der Frau M. vor. Er gab sich als Beauftragter vor dem Haus der Frau M. vor. Er gab sich als Beauftragter des Gerichts aus und erklärte, von ihr noch einiges zum Termin des Gerichts aus und erklärte, von ihr noch einiges zum Termin wissen zu wollen. Bereitwillig ließ Frau M. ihn in ihre Wohnung ein. Während des Gesprächs bot der Fremde ihr einige Bonbons an, arglos nahm sie welche. Wenige Minuten später fühlte sie entsetzliche Schmerzen; sie rief laut um Hilfe. Der Bekannte flüchtete. Als Nachbarn herbeieilten, war es zu spät.

Man holte einen Arzt, doch dieser konnte nur noch den Tod durch Vergiftung feststellen. Im Zimmer fand man die Bonbons; sie waren mit Strychnin gefüllt.

Die Kriminalpolizei versuchte erst vergeblich, den vermeintlichen Gerichtsbeamten herauszubekommen. Auf Springer hatte man selbstverständlich nicht den geringsten Verdacht. Da brachte ein Zufall die Entlarfung des Täters: man fand ein einfaches Notizbuch, in dem eine Quittung über den in einer Apotheke gekauften Kauf von Strychnin lag.

Bald war der Käufer ermittelt: es war Springer. Hinzu kommt der Vermerk in seinem Dienstbuch, daß er am betreffenden Tage dienstfrei und nicht zu Hause gewesen war. Man nahm ihn ins Verhör, und ohne erst zu leugnen, gestand er die furchtbare Tat ein.

Falschmünzer verhaftet

Dillenburg, 24. August. Eine Verhaftung, die in Westdeutschland großes Aufsehen erregt, hat die Landjägeri Dillenburg vorgenommen: der weltbekannte Falschmünzer Reined, der in einer schachtartigen Behausung in der Nähe der kleinen Gemeinde Seelbach im Kreise Siegen wohnt, wurde unter dem dringenden Verdacht, seit langem in großem Maße Falschmünzereien betrieben zu haben, dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Die Landjäger konnten umfangreiches Material beschlagnahmen, das zur Herstellung von falschen Zweis- und Fünfmarsknoten gedient hat. Nach Helfern wird gejagdet.

Reined ist eine außerordentlich bekannte Persönlichkeit, und seine Falschmünzerei war ein beliebtes Ziel für Ausflügler, obwohl er niemandem gestattete, das Innere seiner Behausung zu betreten. Er lebte angeblich von dem Verkauf von Ansichtspostkarten und von Almosen.

Diese Almosen bekam er dafür, daß er den Ausflüglern etwas vormusizierte. Seine musikalischen Darbietungen waren so außerordentlich, daß er kürzlich im Westdeutschen Rundfunk ein Konzert auf Musikinstrumenten geben mußte, die er selbst verfertigt hat. Diese Vorführung ist damals sehr beachtet und als künstlerisch höchstehend bezeichnet worden.

Jetzt sieht man, daß Reined ein Doppelleben geführt und offenbar in seiner Klausur bei Nacht Leute empfangen hat, die seine Falschmünzereien dann unter die Menge brachten.

Großfeuer im Baseler Industrielager

Basel, 24. August. Durch das Großfeuer im Baseler Industrielager sind vier Lagerhäuser nebst zahlreichen Vorräten, Materialien, Schuppen usw. verbrannt. Als die Feuerwehr um 17.30 Uhr heranrückte, brannte bereits alles lichterloh. Kurz nach Mitternacht gelang es ihr, des Feuers Herr zu werden. Von dem großen Kohlenlager der Firma Strohmeyer konnte ein Teil gerettet werden. Bei der Delfirma Meyer konnten die Lantantlagen vor dem Feuer bewahrt werden, dagegen sind eine Reihe von Benzinflüssigkeiten explodiert. Die Brandursache ist noch unbekannt.

Zwei Tote, 17 Verletzte

bei einem Straßenbahnunglück

London, 24. August. Bei Mlandudno in Wales wurde ein Straßenbahnwagen infolge Verjagens der Bremse auf einer abschüssigen Straße aus den Schienen geworfen und raste mit großer Geschwindigkeit gegen eine Mauer. Der Straßenbahnführer und ein zehnjähriges Mädchen wurden getötet, 17 Personen wurden mehr oder weniger schwer verletzt. Der Straßenbahnwagen wurde vollkommen zertrümmert.

Schwerer Verkehrsunfall bei Neubrandenburg

Zwei Tote

Neubrandenburg, 24. August. Am Dienstag nachmittag ereignete sich auf der Chaussee Neubrandenburg—Neutrelitz ein folgenschwerer Verkehrsunfall, der zwei Menschen das Leben gekostet hat. Der Bauunternehmer Straen aus Burg Stargard stieß mit seinem Motorrad mit einem Berliner Kraftwagen zusammen. Der Kraftwagen sauste dabei gegen einen Baum. Der Chauffeur des Kraftwagens und der Bauunternehmer Straen aus Burg Stargard wurden tödlich verletzt. Der Filmschauspieler Willy Jost und seine Begleiterin, eine Wiener Tänzerin, wurden leichter verletzt. Die beiden Leichtverletzten befinden sich im städtischen Krankenhaus zu Neubrandenburg.

„Heil Hitler!“

— ruft ein Wahnsinniger

Budapest, 24. August. Großes Aufsehen erregte heute nachmittag in der verkehrsreichen Königsstraße ein älterer, ärmlich gekleideter Mann, der wild herumstürzte, Hochrufe auf Adolf Hitler ausbrachte und zum Sturm kommandierte. Schließlich führte ihn die Polizei ab und eine ärztliche Untersuchung ergab, daß es sich um einen Wahnsinnigen handelte.



Französische Arbeiter demonstrieren gegen den Krieg (Aus der letzten Nummer der AIZ, die eine Fülle von Antikriegsmaterial enthält.)

Vatermord

Bestialischer Ueberfall auf den Vater

Sinz, 24. August. Der Landwirt Franz Sanladerer aus Ochham bei Simbach am Inn wollte ein Pferd um 45 Mark verkaufen. Das war jedoch seiner Frau, seinem Sohne und seiner Tochter nicht recht. Als Sanladerer das Pferd heimlich fortbringen wollte, überfielen ihn die drei mit Mistgabeln. Als der Mann blutüberströmt zusammenbrach, schickten ihn die drei. Nach einiger Zeit konnte sich der Schwerverletzte von den Fesseln befreien und zu einem Wasserbehälter schleppen, wo er sich vom Blute reinigte. Dann verkroch er sich in einen Strohhäufen. Hier entdeckte ihn sein Sohn und mißhandelte ihn wieder mit der Mistgabel, die ihm jedoch die Tochter entriß. Der Wütende nahm hierauf aus der Revolvertasche des auf dem Boden liegenden Mannes einen Browning und feuerte zwei Schüsse auf seinen Vater ab. An dem Aufkommen des Schwerverletzten Mannes wird gezweifelt.

Kreisstelle V, Filiale des dritten Reiches

Schupo-Stütz erklärt: Wir haben uns lange genug von Euch anmeckern lassen — Sachbearbeiter als Boger tätig

(Erwerbslosenkorrespondenz)

Breslau. Immer und immer wieder häufen sich die Klagen der Erwerbslosen über brutale Behandlungen durch Beamte des städtischen „Fürsorge“amtes. Man fand es für nötig, statt Wohlfahrtsamt, den Ausbruch Fürsorgeamt zu predigen. Wie aber die „Fürsorge“ aussieht, das ergibt nachstehende Zuschrift über einen Vorfall, der sich auf der Kreisstelle V, Posener Straße, ereignete.

„Meine Tochter kam auf Veranlassung des Verbandes für Kinderpflege in ein Erholungsheim. Die Überweisung in das Erholungsheim meldete ich, wie dies auf meiner Karte vermerkt wurde, bereits am 22. Juli dem Fürsorgeamt. Nachdem mein Kind bereits schon vier Wochen in Erholung war, wurden mir 3 Mark abgezogen. Als dann mein Kind bereits wieder in Breslau weilte, wurden mir die 3 Mark immer noch abgezogen. Ich wurde daraufhin bei dem Fürsorgeamt vorstellig und erklärte, daß es mir unmöglich sei, jetzt, nach dem mein Kind bereits wieder in Breslau sei, und ich dasselbe nun verpflegen müsse, mir den Abzug von 3 Mark fernerhin noch gefallen zu lassen. Dafür, daß ich dem Wohlfahrtsamt rechtzeitig Mitteilung machte, und durch ein Verschulden der Beamten der Abzug nicht zu der richtigen Zeit vorgenommen wurde, könnte man mich doch nicht bestrafen. Mir wurde daraufhin Änderung des Abzuges zugesagt.

Am 19. August wurde mir plötzlich mitgeteilt, daß meine Unterstufung gesperrt worden sei, und zwar deshalb, weil ich während der ersten drei Wochen, wo meine Tochter in Erholung gewesen ist, ich das Kindergeld weiter bezogen habe. Als ich ihm nun erklärte, daß ich davon Meldung erstattet habe und dies durch meine Karte nachweisbar ist, erklärte mir der Sachbearbeiter, daß die Akten nicht dagewesen sind und er die Sperrung des Kindergeldes vergessen hätte. Trotzdem wurde mir die Weiterzahlung des Kindergeldes verweigert. Daraufhin erklärte ich, daß ich meine Tochter dalassen werde und machte ankalteten, das Zimmer ohne meine Tochter zu verlassen. Der im

Zimmer anwesende Polizeibeamte Krause vom 22. Revier rief mich am Arme zurück und quetschte mich zwischen die Türpfosten. Als ich dann vom Vorsteher zurückkehrte, welchen ich gebeten hatte, sich meiner Sache anzunehmen, wurde ich auf dem Flur von denselben Polizisten abermals ohne Grund geschlagen. Erst hinzueilende Kollegen retteten mich vor weiteren Schlägen. Der Vorsteher ging nun mit mir abermals zu meinem Sachbearbeiter. Der Sachbearbeiter erklärte, ich hätte nichts mehr zu beanspruchen. Inzwischen kam ein anderer Sachbearbeiter ins Zimmer und sagte unter anderem, ich wäre ja schon bekannt. Der Sachbearbeiter des Nachbarn R. forderte abermals den Polizeibeamten Krause auf, mich hinauszumwerfen. Inzwischen kam auch der bereits oben genannte Sachbearbeiter hinzu und trat mich, während mir der Polizeibeamte den Arm verschiebe und festhielt, von hinten ins Kreuz. Der Polizist Stütz vom 16. Revier erklärte: „Wir haben uns lange genug von Euch anmeckern lassen, die Zeiten sind jetzt vorbei.“

Also, erst schickt man mir mein Kind in die Erholung, und dann nach dem es zurück kommt, soll es dafür, daß Beamte des Wohlfahrtsamtes nicht ihre Schuldigkeit tun, drei Wochen lang hungern.

Erweit die Zuschrift des Erwerbslosen. An den Erwerbslosen liegt es, diese brutalen Mißhandlungen ihrer Kollegen zu verhindern. Nur das geschlossene und einmütige Auftreten der Erwerbslosen nimmt den raufmütigen faschistischen Beamten in den städtischen Büros die Möglichkeit zu weiteren Mißhandlungen. Fallich wäre es aber, sich lediglich an den „Ober“ zu wenden und ihn um Hilfe anzusprechen. Selbst als wir die Tatsache meldeten, daß der Wohlfahrtsbeamte Hoffmann während seiner Tätigkeit auf der Sternstraße Brot- und Lebensmittelmarken den Erwerbslosen unterschlug, und sich damit Bettfreunden erkaufte, hat der „Ober“ bis heute geschwiegen. Nur an den Erwerbslosen selbst liegt es, wie lange man auch als Prügelobjekt gebraucht. Mobilisierung der roten Einheitsfront und Einreichung in die antifaschistische Aktion ist das dringende Gebot der Stunde.

Verhungernder Jungarbeiter bricht am Wohlfahrtsamt zusammen

Ein Jungarbeiter, der wegen angeblichen Familieneinkommens von der Krise abgelenkt war und der von monatlich 13 Mark Zusatzunterstützung „leben“ mußte, wollte sich am vergangenen Sonntagabend diese Zusatzunterstützung am Wohlfahrtsamt, Posener Straße, abholen. Dabei mußte er die Feststellung machen, daß kein Geld für ihn angewiesen war. Der Jungarbeiter, der tagelang nichts, und wochenlang nichts Warmes gegessen hatte und der auf das Geld wartete, um sich endlich wieder einmal ein warmes Mittagessen zu leisten, brach zusammen und erlitt einen Weinen- und Klopfschmerz. Um ihn los zu werden, zahlte das Wohlfahrtsamt eine kleine Summe aus. Der Jungarbeiter war so schwach, daß er von dem Liegebett aus bis nach Hause von hilfsbereiten Arbeitern gestützt wurde. Das ist eine Vorwarnung auf das Dritte Reich. Wir fragen das Wohlfahrtsamt: „Was soll mit diesem Jungarbeiter jetzt geschehen, nachdem er weder Wohlfahrtsunterstützung noch Erwerbslosenunterstützung, noch irgend ein „sagenhaftes“ Familieneinkommen erhält?“ Er darf mit Genehmigung des Wohlfahrtsamtes auf der Straße verrecken! Jungarbeiter, das ist euer Los, wenn ihr nicht mit dem kommunistischen Jugendverband in der antifaschistischen Aktion gegen dieses System für Arbeit, Brot und Freiheit kämpft.

Die Ausschlußfeuchte im DFB wütet weiter

Die „Freidenker“-Bürokratie wütet weiter. In letzter Zeit hat der Vorstand wieder eine Anzahl von Mitglieder des DFB in Schlesien ausgeschlossen. Welche Ausschuldigungen haben den Grund zum Ausschluß geliefert. Obwohl die Genossen in ihren Einsprüchen den Nachweis erbracht haben, daß die Beschuldigungen unwahr sind, hat man den Ausschluß verfügt, um wirkliche Kämpfer gegen die verwerflichen Einflüsse der Kirche und gegen die Kulturreaktion auszuschalten. Dagegen läßt man den Nummernplatz-Kombidanten Dibel wütet mit dem „Wunder von Konnerkreuth“ die Groschen der Arbeiter verdienen und gibt an, und das ist das Bescheidende, so den „Kampf gegen die Kulturreaktion“ zu führen.

Genossen im DFB, verstärkt die Reihen der Opposition! Kämpft gegen Kulturreaktion, indem ihr auch gegen die Sievers und Pleisch, für Kulturfreiheit der Arbeiterklasse kämpft. Gegen die Kirchen- und Konterbatspolitik! Für Trennung von Kirche und Staat! Reicht euch ein in die antifaschistische Kulturaktion!

Nationale Blüten

Vor dem Breslauer Sondergericht hatten sich gestern vier Jugendliche wegen Raub- bzw. Hehlerei zu verantworten. Drei von ihnen waren in einer Breslauer Gastwirtschaft, einem angetrunkenen Mann auf dem Wege zum Klosett gefolgt und sollen ihn dort überfallen und beraubt haben. Eine Uhr und eine Geldtasche mit 18 RM. wurden vom Beraubten als fehlend bezeichnet. Die Uhr wurde bei einem der Angeklagten gefunden. Der Ueberfall erhielt durch eine Unrempelung, mit der ein Angriff eingeleitet wurde, ein politisches Mäntelchen. Die Täter hatten den Betroffenen mit „verfluchte Kommunistenlerge“ beschimpft, waren also offensichtlich „nationale Blüten“. Drei von ihnen wurden mit einem Jahr Gefängnis bestraft, während ein vierter freigesprochen wurde. Das „Rot Front!“ welches von den Angeklagten und einigen Provokatoren im Zuhörerraum am Schluß der Verhandlung gerufen wurde, vermag nichts an der Tatsache zu ändern, daß es sich hier um „Aufbauende Kräfte“ handelte.

Nazi-Expresster-Methoden

Mit den raffiniertesten Methoden versuchen die Nazis der armen Landbevölkerung den letzten Groschen aus der Tasche zu reißen. So berichtet uns ein Arbeiter, der am letzten Sonntag bei seinen Verwandten im Kreise Wiltsch zu Besuch weilte, daß während seiner Anwesenheit ein bekantener Zünglein mit einer Sammelliste erschien. Als sich der Arbeiter, bei dem der Nazi vorsprach, weigerte, etwas darauf zu zeichnen, erwiderte ganz frech dieser Kerl: „Der Herr Oberinspektor wird sich die Sammelliste ansehen, und wer nichts gezeichnet hat, der wird es gemahrt werden, was ihm passiert, wenn wir an der Macht sind.“

Das sind die Methoden, mit denen die Nazistrolche die Landarbeiterschaft terrorisieren. Sie drohen ihnen heute bereits an, sie zu erledigen. Wir brauchen uns nur hierbei an die Terrorakte der Nazis in Genua, Potenza und in so vielen Landarbeiterorten zu erinnern, um festzustellen, was dieser Nazikerl mit dieser Drohung sagen wollte. Auch die Landarbeiterschaft muß sich mehr als bisher zu ihrer eigenen Sicherheit rote Massenelbstschutzbataillonen schaffen.

Sie wollen die Arbeiterbewegung mißkreditieren

Alle Mittel sind den Feinden der Arbeiterklasse recht, um die Schlagkraft der Arbeiterklasse zu lähmen. Ein besonders beliebtes Mittel ist der Alkohol. So wurde z. B. am Sonntag gegen Abend beobachtet, wie in einer Kneipe in der Kirchstraße Arbeiter von arbeiterfeindlichen Elementen besoffen gemacht und dann auf die Straße geschickt wurden, wo sie herumröhlen mußten, um auf diese Weise die Arbeiterkraft und ihre Organisationen durch den Rot zu lähmen. Vor einigen Tagen wurde auch am Marktplatz einem unserer Zeitungshändler von einem besoffenen Element die Zeitung heruntergerissen und unterem Genossen ins Gesicht gespuht. Der rote Massenelbstschutz muß sich die Aufgabe stellen, überall, Arbeiterleben und das Eigentum der Arbeiterorganisationen zu schützen. Auch dürfen sich die Arbeiter nicht für irgend welche schmutzigen Dinge mißbrauchen lassen.

„Es wird keine Rücksicht mehr genommen“

Der Hausbesitzer von Brigittental 22 will in den nächsten Tagen durch den Gerichtsvollzieher den Arbeiter Kaschke auf die Straße lassen. Als Anlaß dazu benutzt er die unverschämte Mordtätigkeit der in dem Haus wohnenden Razileute, die dem Arbeiter bereits einen Drohbrief ins Haus schickten, indem es unter anderem heißt: „Aber wenn ihr Benehmen und Handlungsweise sich nicht umgehend ändert, wird keine Rücksicht mehr genommen.“

Die NSDAP.

Aus diesem Briefe spricht mit aller Eindeutigkeit, daß die braunen Mordgeheulen gegen den Arbeiter Kaschke bereits etwas geplant haben. Die antifaschistische Arbeiterkraft in Brigittental wird den Vorgängen in Brigittental 22 etwas mehr Beachtung schenken müssen. Verhindert durch geschlossenes Auftreten jede Aktion gegen den bedrängten Antifaschisten.

Kinder- und Sommerfest der Roten Hilfe

Am Sonntag, dem 28. August, nachmittags 3 Uhr, in Gentners Festhain in Morgenau, Kinderbelustigung, Konzert, sportliche Darbietungen.

Nazi überfällt mit dem Karabiner einen Arbeiter

(Arbeiterkorrespondenz)

Grünigen, Kreis Brieg. Am Sonnabend überfiel hier der SA-Mann Neugebauer den Arbeiter Spielmann, indem er mit einem 98er Karabiner auf ihn schoß. Vorausgegangen war, daß am Vormittag des gleichen Tages der SA-Mann die Frau des Arbeiters mißhandelte, mit Faustschlägen und einem Besenstiel traktierte und anschließend die bewußtlos geschlagene Frau die Treppe hinunter schleuderte. Als Spielmann von dieser Mißhandlung erfuhr und seiner Frau zu Hilfe eilte, ließ der Nazistrolch davon, nachdem er mit einem Messer Spielmann bedroht hatte. Neugebauer suchte Schutz bei seinem Namensvetter und Gönnerfreund, dem Schießmann Neugebauer, und dort erklärte der Messerheld: „Schliche die ganze Bande über den Haufen.“

Spielmann verständigte nun den Landjäger und forderte von ihm die sofortige Vornahme einer Hausdurchsuchung, jedoch der Landjäger lehnte dieselbe ab.

Als am Abend desselben Tages der Arbeiter Spielmann aus seiner Wohnung sich nach dem Hofe begab, stellte sich plötzlich der SA-Bandit Neugebauer ihm entgegen und schoß mit einem 98er Karabiner auf ihn. Die Kugel ging an Spielmanns Kopf vorbei und schlug durch die Tür der Wohnung, in dessen Innerem die Kinder des Arbeiters sp. schliefen. Es ist nur einem Zufall zu verdanken, daß dieselben nicht verletzt wurden. Wie nachträglich festgestellt wurde, hatte der schiefwichtige Nazi vergessen, den Mündungsschoner abzumachen, so daß die Kugel eine andere Richtung bekam und als Querschläger durch die Tür sauste.

Neugebauer warf nach dem Ueberfall den Karabiner weg, war jedoch von Mietern des Hauses bereits beobachtet worden, wie er den Karabiner vor dem Mordanschlag aus dem Garten geholt hatte. Der herbeigerufene Landjäger beschlagnahmte den Karabiner, stellte den Tatbestand fest, weigerte sich jedoch, den Neugebauer zu verhaften. Erst auf den energischen Protest, der sich bedroht fühlenden Mieter, erfolgte die Festnahme des Nazi-Schießhelden. Die durch den Waffenschieß dringend notwendige Hausdurchsuchung fand aber erst am Montag früh statt, so daß hier eine direkte Beunruhigung vorliegt.

Braune Mordgeheulen bringen weitere Mordwaffen in Sicherheit

Tatsächlich wurde auch beobachtet, wie in der Nacht von Sonntag zu Montag ein Privatauto vor dem Hause vorfuhr. Hausbewohner hörten an das Fenster der Wohnung des Neugebauer klopfen und anschließend folgende Worte: „Frau Neugebauer, machen sie auf, hier ist Kahler, Brieg.“ Kurz darauf wurde auch beobachtet, wie einige SA-Komplizen aus dem Holzschuppen Neugebauers zwei längliche Pakete trugen und sie in das Auto verstaute. Der Mann, der sich als Kahler ausgegeben hatte, versuchte dann noch die Frau Neugebauer zu verführen, ihren Mann bald wieder aus dem Gefängnis herauszubekommen. Anschließend verschwand die Mordgeheulen mit ihrem Auto in der Nacht.

Mit dieser Tatsache dürfte erneut bewiesen sein, daß die Faschisten durchweg mit 98er Gewehren, Karabinern und sonstigen Mordwaffen schwer bewaffnet sind.

Vor einigen Tagen meldeten wir, daß ein ehemaliger Brieger Nazigeschäftsführer, der ständig eine Pistole in der Tasche trägt, sich damit ins Gefäß geschossen hat. Außerdem meldeten wir vor einigen Wochen, daß in Zindorf, Kreis Ohlau, Maschinengewehre gefunden wurden, von denen man angeblich nicht weiß, wer der Besitzer ist. Für die Arbeiterklasse ist die Frage der Besitzer durchaus nicht schwer zu lösen.

Erf gestern meldeten wir, daß in Breslau bei einem Brand auf der Ofener Straße ein 98er Gewehr gefunden wurde, wo ebenfalls auch beobachtet wurde, daß die Faschisten mehrere schwere Riften aus demselben Grundstück forttransportierten. Auch berichteten wir von den militärischen Übungen in Breslau-Klosterthal, auf dem Militärübungslande und von den SA-Nachtübungen im Walde bei Meleschowitz, wo mit Klappatronen geschossen wurde.

Die Arbeiterklasse weiß aber auch, daß sich in diesen Dingen kein Staatsarmut findet, der gegen die schiefwichtigen Nazis Anklage erhebt. Die Antifaschisten müssen allerorts als Antwort auf die Nazi-Bürgerkriegsübungen und auf alle Mordüberfälle auf Arbeiter härter als bisher die antifaschistische Aktion in den Betrieben steigern. Ueberall muß für den weiteren Ausbau des roten Massenelbstschutzes

in Stadt und Land, Betriebe, Stempelstellen und Wohngebieten gesorgt werden. Alle Feststellungen über Mordwaffen und Waffenschieß bei den Nazis müssen unverzüglich der Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“ mitgeteilt werden.

Nichtbildervortrag: „Deutschland so oder so“
Freitag, dem 26. August, 20 Uhr, in der Marxischen Arbeiterschule, Wallstraße 21, 3. Etage. Eintritt für Erwerbslose 20 Pfg., für Vollarbeiter 15 Pfg.

Mitgliederversammlung der KAS, Stadtteil West, am Freitag, dem 26. August, 20 Uhr, im Lokal Fiedler, Schweigerstraße 10.

Internationaler Bund / Verlofung
Wir teilen mit, daß die für September vorgesehene Verlofung endgültig auf den 4. Oktober festgelegt ist. Die Reichstagswahlen und andere Umstände haben uns diese Arbeit stark eingeschränkt, weshalb eine Verlegung des Termins notwendig war. Der 4. Oktober gilt als endgültiger Termin für die Verlofung. Lose sind noch bei den Funktionären zu haben.

Gauleitung des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit e. V.

Achtung! „Arbeiterliteratur greift an!“
Die Gemeinlese derselben können bei uns nur noch bis zum 31. August 1932 eingelöst werden. Alle Lose, die bis dahin nicht in unseren Händen sind, können keine Perfidität mehr finden. Literatur-Vertriebsstelle der NSD. Schlesien.

Es steht ein Mann in langen Hosen und Frack im Wasser. (So gefaßt es dem Herrn Reichskommissar!) Ein Fideleum gibt hiermit bekannt, daß, wer hier badet, Strafe zahlen muß. Zwei Bilder aus dem polizeilich genehmigten Padelben vor dem Kriege bringt die NSD. zur Erläuterung des Dr. Bracht-wollen Erlaß, der die Polizei anweist, in den Bädern gegen ärgerlich-erregendes Benehmen einzuschreiten. — Doch die Bilder von „Rot Sport“ zeigen, daß sich die Arbeiter trotz der Schikane zur Erhaltung ihrer Gesundheit für den Klassenkampf zusammenschließen.

Die Zeitkarten der Städtischen Straßenbahn für den Monat September 1932 werden in den bekannten Verkaufsstellen zu den üblichen Tageszeiten verkauft. Am Mittwoch, dem 31. August, und Donnerstag, dem 1. September 1932, ist die Verkaufsstelle Elisabethstraße 4, von 8—18 Uhr, geöffnet.

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Lokales: Adolf Koplwitz in Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Friedrich, Berlin. — Für Inserates: Albert Calla m., Breslau. — Verlag u. Druck: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Trebnitzer Straße 59.

Zurückgekehrt
Dr. Schmerel
Friedr.-Wilh.-Str. 10

Herrenrad
von 31,90 an
Damenfahrrad von 39,50 an
Decken von . . . 0,95 an
Schläuche 0,75, 0,65, 0,45
Pedale 1,15, 0,95, 0,85, 0,75
Ketten 1,15, 0,85, 0,50
Vorderrad, gelb . . . 2,40
Hinterrad, gelb . . . 2,40
Schlauchreifen . . . 3,75
Matthiasstraße 9
Gröbschener Str. 43

PLAKATE
und alle anderen
Drucksachen
FORTSCHRITT
AG, FIL. Breslau
Trebnitzer Str. 50
Telephon 464 55

ii. Fleisch- und Wurstwaren
empfiehlt billigst
Paul Peterzelt, Scheitniger Straße 23

Tassilo Krienke
Zigarren-Spezialhaus
Sternstr. 5/9

Die kluge Hausfrau kauft ihre Lebensmittel nur im
Edeka-Geschäft
da sie trotz niedrigster Preise die
8% Ka-Na-Rabattmarke
erhält, für deren Sicherheit der Edeka-Großhandel Breslau haftet.
Außerdem ist
kein Geschäftsanteil
zu zeichnen, demzufolge ist kein Risiko zu tragen.

Kampfausschub der Antifaschistischen Aktion in Weißstein gewählt

Der Kampfausschub ruft die werktätige Bevölkerung des Waldenburger Reviers auf zu einer Einheitskonferenz am 4. September

Waldenburg. Ohne Funktionär-Sitzung der örtlichen Einheitsfrontorgane wählt einen örtlichen Kampfausschub, der zusammengeleitet ist aus zwei Arbeitern des betrieblichen Kampfausschusses der Tuchfabrik, drei Arbeitern des Erwerbslosenausschusses, drei Arbeitern des Arbeiter-Richtschusses, zwei Arbeitern und zwei Arbeiterinnen des Einheitskomitees.

Der Kampfausschub tritt sofort in Aktion und wird durch Vertreterarbeiter und Mitglieder aus proletarischen Organisationen, die in Betrieben und Mitgliederversammlungen gewählt werden, noch erweitert.

Folgender Aufruf an die Bevölkerung des Waldenburger Industrie-Reviers wurde beschlossen:

Aufruf

an die gesamte werktätige Bevölkerung des Waldenburger Industriegebietes!

Der Prozeß der verhängten Reichsflüchtling wird in Deutschland mit höchstem Tempo fortgesetzt. Die Lage der Betriebsarbeiter wird durch die dauernden Reichsflüchtlinge im Bergbau und die fortwährende Kurzarbeit in der anderen Industrie unseres Gebietes zu einer unerträglichen gesteigert, und führt zur vollkommenen Verelendung der Betriebsarbeiterschaft.

Der rigorose Abbau der Arbeitslosenunterstützung und der bevorstehende Raub an den Wohlfahrtskassen treibt die Erwerbslosen auf die Bahn des Verbrechens und des Selbstmordes.

Der radikale Rentenabbau und die Einführung der Massensteuer haben dazu geführt, daß die Elendslage der werktätigen Masse im Waldenburger Hungerland geradezu zu einer Katastrophe wird. Beendet wird dieser schicksalhafte Hungerfeldzug durch den brutalsten Terror der faschistischen Terrororgane der SA. und SS. Was die Anschläge der letzten Tage an deutlichsten beweisen.

Der Regierungsschacher der Hitler, Papen und Hindenburg geht schamlos darum, wie es der deutschen Bourgeoisie am besten möglich sein soll, ihre schicksalhafte Diktatur und Hungerfeldzugsmethoden in verhängten Maße fortzusetzen. Das Regierungsprogramm, welches Papen im Auftrag der deutschen Industrie- und Agrarindustriellen vor dem Reichstag entwickelt wird, sieht neue unerhörte Anschläge gegen das Millionenheer der werktätigen Bevölkerung. Durch Verhängung des lächerlichen Tarifrechtes soll die Bahn freigemacht werden für eine neue gewaltige Lohnrauberei. — Die Umgestaltung der Arbeitslosenunterstützung sollen die Hungerplagen der Millionenarmee der Erwerbslosen weiter herabschieben. Durch Aufhebung der sozialen Gesetzgebung soll der Rentenraub nicht nur fortgesetzt, sondern die Zahlung der künftigen Renten zum großen Teil eingestrichelt werden. Auf volkswirtschaftlichem und auf kulturellem Gebiet soll der schicksalhafte Kurs ebenfalls verhängt zur Anwendung kommen.

Die gesamte Arbeiterklasse in Deutschland, und insbesondere die Werkschichten des Waldenburger Hungerlandes müssen sich darüber klar werden, ob sie gewillt sind, weitere Verhängungen über sich ergehen zu lassen.

Nicht der Reichstag, nicht die Tolerierungs- und „kleine Arbeiterpolitik“ der D. und DNVP, werden für die Arbeiterklasse Verbesserungen bringen und den Faschismus abwehren, sondern der außerparlamentarische Massenkampf der Betriebsarbeiter und Renteneinempfänger in der Antifaschistischen Aktion, in der roten Einheitsfront ist die Voraussetzung zur wirklichen Abwehr aller faschistischen Angriffe und des Faschismus überhaupt.

Nicht durch Parteirevolutionen und durch Bittgesuche lassen sich die schicksalhaften Gewalttaten in ihrem Vergehen zurückhalten, sondern die Arbeiterklasse selbst muß unter Führung selbstgewählter Einheitsfrontorgane Kampfaktionen in den Betrieben, Kampfausschüsse der Erwerbslosen, Mieterausschüsse und Kampfausschüsse in den Wohnhäusern die Voraussetzung schaffen, zur Ausübung von Massenaktionen.

Unterzeichnete Kampfausschüsse der Antifaschistischen Aktion berufen für Sonntag, den 4. September, eine Einheitskonferenz für das Waldenburger Gebiet ein und erziehen alle betrieblichen Kampfausschüsse, aller Erwerbslosenausschüsse, Mieterausschüsse, Leitungen des roten Massen-Richtschusses, ihre gesamten Mitglieder zu dieser Konferenz zu entsenden.

Teilnehmen richten wir an die proletarischen Organisationen — Gewerkschaften — Sport- und Kulturorganisationen des Reviers, sofort in Mitgliederversammlungen zusammenzutreten und Delegierte zu dieser Konferenz zu entsenden. An die Betriebe und Stempelstellen ersucht die Aufforderung, nehmen sofort in Betriebs- und Erwerbslosenerwerbssammlungen zu diesem Aufruf Stellung und entsenden neben den bestehenden Einheitsfrontorganen Delegierte für den Sieg der Arbeiterklasse über den Faschismus — alles für den Sozialismus.

Dieser Aufruf wurde bereits in der am Sonntag stattgefundenen Mitgliederversammlung des Mietervereins Weißstein gegen fünf Stimmen angenommen. Eine Mitgliederversammlung, die in Kürze einberufen werden soll, wird sich mit diesen Fragen insbesondere beschäftigen und Delegierte in den örtlichen Kampfausschub wählen. Mitglieder der proletarischen Organisationen, wählt in Mitgliederversammlungen Delegierte zur Einheitskonferenz am 4. September. Wählt in jedem Ort örtliche Kampfausschüsse aus den bestehenden Einheitsfrontorganen.

Wie sich die Stadt Waldenburg und der Deutsche Bauergewerksbund für die Bauarbeiter interessieren

Waldenburg. Bei den Ausschachtungsarbeiten der Neubauten am Sachsenberg in Waldenburg, ist man jetzt gezwungen, die Arbeiter wieder einzustellen. Man schickt die Arbeiter, die froh waren, für einige Wochen Arbeit zu haben, wieder auf die Stempelstraße. Der Grund hierzu ist, daß das Bauamt der Stadt Waldenburg die zur Verankerung notwendigen Schienen nicht rechtzeitig bestellte.

Die Kollegen aller Baustellen, die wegen der Saumseligkeit ihre Arbeit wieder verlieren, traten am Sonnabend vormittag zu einer Versammlung zusammen. Es wurde ein Kollege als Delegierter gewählt, der mit den zuständigen Stellen Verbindung aufnehmen sollte, damit die Arbeiter wieder fortgeführt werden können. Da die Stadt Waldenburg durch die Nichtbestellung der Schienen die Schuld an der Einstellung der Arbeit trägt, beschloßen die Kollegen, die Stadt Waldenburg für den Lohnausfall verantwortlich zu machen. Der gewählte Kollege konnte weder den ersten noch den zweiten Bürgermeister erreichen. Beide waren, laut Auskunft, in Urlaub. Der Stadtbaurat Strumpf erklärte, wie haben erst vor ungefähr 8 Tagen

die Zeichnung erhalten und können nicht früher bestellen. Auf den Einwand, daß diese Zeit doch zur Vorforderung ausreichend sein müsse, erklärte der Baurat, das sei doch nicht lange.

Besonders erwähnenswert ist das Verhalten der Führer des Bauergewerksbundes, das ebenfalls in der Versammlung angebracht wurde. Obwohl fast die gesamte Belegschaft freigewerkschaftlich organisiert ist, läßt sich keiner dieser Angehörigen auf den Baustellen sehen. Die Kollegen müssen erkennen, daß sie sich zum Kampfe um ihren Lohn selber zusammenschließen, daß sie mit den oppositionellen Kollegen und der DVO. gemeinsam den Kampf führen müssen. Die Leute wie Marzik und Gänsch, die in der letzten Bauarbeiterversammlung offen zum Streikbruch aufforderten, werden auch niemals im Kampfe führen können. Sie gehören schon längst aus den Organisationen der Arbeiterschaft heraus, da ihre Handlungen offen feindschaftlich sind.

Kämpfe in der Antifaschistischen Aktion gegen jeden Pfennig Lohnraub, gegen die Papen und Hitler, für Arbeit, Freiheit und Brot, für ein sozialistisches Mitdeutschland.

Ein Sozialdemokrat als Feind der kämpfenden Arbeiter

Sandberg. Vorige Woche kam zu einem Opfer dieser kapitalistischen Krise, welcher auf Grund des letzten Unterdrückungsraubes nicht mehr in der Lage ist, die Miete zu zahlen, der „SPD.-Genosse“ und Vollziehungsbeamte Sch. fragt ihn in barscherem Tone, warum er die Miete nicht mehr bezahlt. Des weiteren führte er aus, er wisse, von wem die Sache kommt, und gerade diejenigen seien die ersten, welche die Miete bezahlen.

Was wundert nur, in wessen Auftrage Herr Sch. handelt. So weit wir erfahren konnten, ist von Seiten des Gemeindevorstandes an den Vollziehungsbeamten Sch. kein diesbezüglicher Auftrag ergangen. Auch aber ihr SPD.-Proleten, die ihr mit hunger und mit Kampf, muß dieser Vorfall zum Denken veranlassen. Wenn schon einfache Mitglieder der SPD. so eine Einstellung besitzen, dann darf es einen nicht wundern, wenn die Führer der SPD. die Interessen der Werktätigen noch und noch verraten und die der Bourgeoisie vertreten.

Die Arbeiter der SPD. müssen abtreten von solchen Leuten und sich in die Kampffront einreihen, um den Sieg zu erringen.

Reichsbannerführer als Zutreiber zur Arbeitsdienstpflicht

Guhrau. Der hier wohnende, noch keine praktische Arbeit leistende Reichsbannermann Weber, der bereits die Landarbeiter zu verlocken veruchte, entpuppt sich immer mehr als Zutreiber für das Ausbeuterthum. Am Freitag stellte sich dieser Kommandant auf die Treppe des Landratsamtes und forderte die ausgehungerten und ausgebeuteten Proleten auf, sich bei ihm zur Arbeitsdienstpflicht einschreiben zu lassen. Die anwesenden Arbeiter erteilten ihm eine Abschlus. Mit was dieser Kapitulanten die Arbeitsdienstpflicht schmachtet machte, isstet jeder Beschreibung. Er! habe die Reichsbanner im Kreise Guhrau bereits in ein Extralager untergebracht und die armen Proleten werden dort erhalten. Der Mann zeigte seinen richtigen Charakter als beharlicher Agent der Ausbeuterklasse. Nach dem Vortrage des Webers alle erhalten keine Reichsbannerleute „keine Kost und keine Unterkunft“. Er sagt wörtlich: „Die Woche erhält jeder ein Pfund Margarine, täglich 1 1/2 Pfund Brot und 100 Gramm Marmelade“. Er führte noch an, daß die Marmelade morgens früh gelöst und nachts heiß sei. Andere Wahlzeiten scheint es bei ihm für die Arbeiter nicht zu geben. Ueber den „heiligen“ Verbleib schweig er sich aus.

Er kennt keine Rot, er rememorierte doch auf dem Amtsgaricht, er hätte noch Tausende von Mark anheften. Nun, ihr Reichsbannerleute, kennt ihr den Weber so richtig? Jedem liegt er, es geht ihm sehr schlecht, und immer müssen die Extrabeiträge dem Weber bewilligt werden. Seine Lurusshunde und die Madam II dürfen nicht schlecht aussehen. Güte doch Weber einmal gelagt es er auch etwa Verbeug (wie a. B. Fremdenlegion) für seine Arbeit als Zutreiber zur Arbeitsdienstpflicht erhält? Denn umsonst macht Weberlein nichts, wir müssen es aus seinen Buckeln. Für Geld reißt Weber die armen Proleten in seinen Gerichtsberichten, die er für „Oberpost“ und „Mehrerliche“ Reizeitung schreibt, genähend herunter, wenn die Behauptungen sich wegen geringfügigen Sachen vor der Massenjustiz zu verantworten haben, wo sie doch meistens unschuldig verdammt werden. Da sieht man Weber in allen Sitzungen und Schindet Jellen, gleichgültig, wer ihm das Material liefert. Als dem Weber von einem anwesenden Genossen der Verichlag gemacht wurde, er solle doch mit ihm zusammen nur 14 Tage auf die Arbeitsstellen der Dienstpflicht kommen und dort mitarbeiten bei Marmelade und Margarine, da kniff Weber und meinte: „Na, das lohnt nicht!“ Das Kaiser der Paroch würde ja schließlich ihm in den A... reinlaufen. Auf die Frage, wer denn der Arbeitgeber oder der Unternehmer sei, erklärte dieser Mensch: der Staat!

Arbeiter! Heraus aus den Reihen der Arbeitsdienstkapostel! Kämpfe um Arbeit, für tarifmäßigen Lohn, um Brot und Freiheit! Schließt euch der Antifaschistischen Aktion zum gemeinsamen Kampf an.

Landjäger als Feldhüter

Guhrau. Seit vielen Tagen sind keine Landjäger am Tage „mehr zu finden“, selbst Spohns Auschaut klagte schon über leere Beratungstische, die werktätige Bevölkerung war auf den Straßen vor dem Rajiterror nicht mehr sicher. Man sprach schon von einem „Massensterben“ der Landjäger oder einem „Streik“, bis sich jetzt alles zum Nutzen der Krautjunter geklärt hat. Die Landjäger gehen nur noch des Nachts aus, man findet sie auf den Privatgrundstücken als „Mäuse“. Der große Snopped ist immer auf dem Ullguter Behälte zu finden, wo er in der Nacht sich auf den Feldern „erholt“. Leute, die zu Besuch waren und sich ein paar Kartoffeln mitgebracht haben, auch vom Aehrenleuten kommende, werden angehalten, und alles will Snopped dann wissen. Auch verdrotete Mühsenbätter hält er sicher für geschmuggelten Tabak. Die Privatarbeit kann nicht bezahlt werden, denn man konnte schon oft die Bierleichen im Chauffeegraben finden. Sogar in Schuppenlinie wird auf Frauen ausgequärmt, die sich abends noch ein bißchen von Hundstagshege erholen, auch „Liebespäpchen“ werden nicht verschont. Wenn Ueberfälle von Nazis gegen die Arbeiter vorkommen, wenn es sich um den Einbruch eines Antippledirektors aus Zuppen-

Reichswehr-Major will Kommunisten erschließen

Bad Salzbrunn. Dieses Bad hat sich ein „kollektiver“ Major von der Reichswehr als Vergnügungstätte gewählt. Ein Wonnort der „Arbeiter-Zeitung“ tut das, was jeder Leser tun möchte. Er gibt seine Zeitung, nachdem er sie eingehend studiert hat, an Bekannte weiter. Durch dritte Hand gelangte nun eine solche Zeitung an den Herrn Major. Derselbe war sprachlos, unter seinen Briefschaften eine kommunistische Zeitung zu finden. Er witterte über die kommunistischen Bazillen und forberte an nächsten Tage Prinzenbeamte an. Am vierten Tage nach Empfang der Zeitung erklärte er, mit eigener Hand den kommunistischen Zeitungs-Explos zu erschließen, außerdem, wenn er die Macht hätte, würde er alle kommunistischen Funktionäre an die Wand stellen.

Das könnte ihm gerade passen, da könnten die Bourgeoisie-männchen und -weibchen so ungestört fressen, kaufen und huren. Der Herr Major kommt doch bestimmt nicht nach Bad Salzbrunn, um zwanzig Pfund abzunehmen. Durch eine „Arbeiter-Zeitung“ ist der „Erholungsbedürftige“ aus seiner behaglichen Ruhe aufgeschreckt worden.

„A. S.“-Leser, gebt eure Zeitung, die allein die Interessen des Proletariats vertritt, an eure Bekannten weiter und werbt unermüdetlich neue Abonnenten, die Arbeiter werden euch nicht erschließen wollen, wie dieser Herr Major.

Achtung! Genossen und Sympathisierende!

Freiburg. Alle Genossen und Sympathisierende nehmen am Freitag, dem 26. August, an der Beerdigung des Genossen Fritz Köhler, teil. Sammelpunkt 8 Uhr, an der Germania, Oberpoststr.

Betriebsarbeiterversammlung

Landeshut. Am 19. August fand in Landeshut in der „Sonne“ eine Betriebsarbeiterversammlung, einberufen von der DVO., statt. Es waren die Arbeiter fast aller Textilbetriebe von Landeshut erschienen. Der Besuch hätte allerdings wesentlich besser sein können. Die reformistischen Betriebsräte waren trotz schriftlicher Einladung nicht erschienen. Wir werden aber trotzdem weiter die Belegschaften gegen die Notverordnungen der Papen-Regierung mobilisieren.

In dieser Versammlung wurde auch ein Protestschreiben an das Brieger Standgericht gesandt mit der Aufforderung, die unschuldigen Ohauer Arbeiter und Arbeiterinnen sofort freizulassen, und es wurde gleichfalls der sofortige Freispruch gefordert.

Lieber verkaufen, als für die Armen

Kaudten. In Kammelnitz bei Kaudten hat sich der polnische Grundbesitzer Scharf vor Jahren angeeignet, er hat dort für eine Million Mark das Gut gekauft. Er will ungestört die Profite, die er den polnischen Kumpels aus den Knochen jagt, verdammen. Damit er aber nicht an die Kumpels erinnert wird, über überhaupt an arme Menschen, hat er das Bilze und Beeren holen in seinem Fort verboten. Dieses Verbot wird selbstverständlich übertreten, denn „Not kennt kein Gebot“. Der Förster Klopsch ist ein treuer Lakai seines Herren, ein Niebe von Gestalt. Wenn er mehrere sieht, so geht er den Leuten aus dem Wege. Triffst er aber Frauen oder alte Männer allein, so verprügelt er sie, nimmt ihnen Körbe und stannen mit In-halt weg. Voriges Jahr beschäftigte sich unsere Zeitung schon einmal mit diesem fauleren Herrn. Da schlug er einen 60jährigen Mann halb tot, ohne das ihm der Staatsanwalt etwas tut. Und dieses Jahr hat der Förster Klopsch schon wiederholt Frauen und Kindern die Beeren weggenommen, dazu noch die Gefäße, in die sie dieselben gesammelt haben. Erst am Sonntag ist wieder so ein Fall geschehen. Der Förster lauerte hinter einem Strauch und wie ein Raubtier stürzte sich der Niebe auf die schwächliche Frau, zerrie und packte sie hin und her, und entriß ihr die Kanne. Ebenso nahm er dieselbe einem 11jährigen Kinde weg.

Arbeiter, hier gilt es, den faschistischen Brutalitäten entgegenzutreten. Reißt euch ein in die gemeinsame Abwehrfront. Schulter an Schulter kämpft für ein menschenwürdiges Leben. Darum kämpft gemeinsam bis zum Sieg.

Liegnitz

Genossen! werbt für eure Presse!

Kaufhaus Gutfeld
Liegnitz, Ring 20/21
Seit 1879 gut und billig

Dem geehrten Publikum von Striegau und Umgegend zur gefl. Kenntnisnahme, daß wir hier selbst, Schweißhäger Straße Nr. 12, das Melchner'sche Kolonialwaren- u. Feintostgeschäft übernommen haben. In dem wir der uns beehrenden Kundenschaft freundlichste, gewissenhafte, aufmerksame und reelle Bedienung bei billigster Preisberechnung zusichern, bitten wir freundlichst, unser junges Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Striegau, den 18. August 1932
Sochachtungsvoll
Gerhard Kluge und Frau
Hedel, geb. Weinert